

Slowenien im ersten und zweiten Jugoslawien

WOLFGANG HÖPKEN
(Leipzig)

I. Einleitung

Am 30. Mai 1917 verabschiedeten die slowenischen Abgeordneten im Wiener Reichstag zusammen mit anderen südslawischen Parlamentariern eine Deklaration, in der sie „die Vereinigung aller Länder der Monarchie, in denen Slowenen, Kroaten und Serben leben, zu einem selbständigen, von jeder fremden Herrschaft freien und auf demokratischer Ordnung gegründeten Staatskörper unter dem Zepter der Habsburgischen Dynastie“ forderten.¹ Die so genannte „Mai-Deklaration“ bildete den Auftakt zur Sezession der Habsburger Südslawen aus dem Staatsverband einer dem Zerfall entgegen taumelnden Doppel-Monarchie und den ersten Akt staatlicher Separierung, an dessen Ende am 1. Dezember 1918 die Ausrufung des „Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen“ stehen sollte. Ein knappes Dreivierteljahrhundert später, am 8. Mai 1989 und im Klima eines allerorten zerbrechenden Sozialismus, verkündete die slowenische Opposition auf einer Protestkundgebung gegen die Verhaftung ihres Aktivisten Janez Janša in Ljubljana eine andere „Mai-Deklaration“, in der diesmal eingefordert wurde, „in einem souveränen Staat des slowenischen Volkes (zu leben und) als souveräner Staat selbständig über die Verbindungen mit den jugoslawischen und anderen Völkern in einem erneuerten Europa zu entscheiden.“² Hatte die erste Mai-Deklaration den Weg *in* einen jugoslawischen Staat vorbereitet, so war die zweite Mai-Deklaration ein Schritt *aus* Jugoslawien heraus. Zwischen beiden Resolutionen liegen sieben Jahrzehnte der Zugehörigkeit Sloweniens zu Jugoslawien, im Rahmen zweier, ihrem Charakter und ihrer inneren Ordnung nach grundlegend verschiedenen Staaten – eine lange und komplexe Beziehungsgeschichte, die sich schon ihrer Dauer wegen generalisierender Wertungen und feststehender Urteile entzieht.

Geschichte wird freilich immer aus der Perspektive der Gegenwart geschrieben. Es sind die Gegenwartserfahrungen, die das Bild der Vergangenheit konturieren. „Nur aus der höchsten Kraft der Gegenwart dürft ihr das Vergan-

1 Deklaracija Jugoslovenskog kluba, in: Petranović, Zečević 1985, S. 68f; zur Bedeutung der Deklaration im Rahmen der slowenischen Loslösungsbestrebungen von der Habsburger Monarchie vgl. Pleterski 1976, S. 192ff, Prunk 1992, S. 182-200.

2 Vgl. Repe 1999, S. 143, zu den Hintergründen der Mai-Deklaration von 1989 deren Mitverfasser Rupel 1992.

gene deuten“, hat Friedrich Nietzsche dem Historiker mit auf den Weg gegeben.³ Nietzsches Credo birgt allerdings die Gefahr perspektivischer Verzerrungen in sich, wenn die Gegenwart auch gegen die „Veto-Macht der Quellen“ (Reinhart Koselleck) zur dominierenden erkenntnisleitenden und strukturierenden Sichtachse der historiographischen Narration wird. Besonders nach fundamentalen politischen Zäsuren wie Revolutionen, dem Zerfall von Staaten oder politischen Ordnungen neigen die historischen Deutungsakteure dazu, die Vergangenheit aus dem Blickwinkel ihrer Gegenwart heraus zur reinen Vorgeschichte zu degradieren. Die französische Revolution machte die ihr vorausgehende Ordnung zum „ancien régime“, die sowjetische Geschichtswissenschaft reduzierte die Epoche des Zarismus zum teleologischen Vorspiel einer in der Revolution des Oktobers endenden Entwicklung. Und auch im post-totalitären Europa erliegt mancher bisweilen der Versuchung, die europäische Geschichte aus dem Wissen um das Ende von Kommunismus und Blockteilung als eine linear auf das Jahr 1989 zulaufenden Entwicklung neu zu schreiben.⁴

Es überrascht daher nicht, dass auch die Beschäftigung mit der Geschichte „zweier Jugoslawien“ in der Gefahr steht, diese vorrangig aus der Perspektive eines zweifachen Scheiterns zu porträtieren und – mit Blick auf das hier in Rede stehende Thema – die Geschichte Sloweniens im ersten und im zweiten Jugoslawien vom Ereignis der slowenischen Staatsgründung des Jahres 1991 aus zu deuten. Die 70 Jahre des *jugoslawischen* Sloweniens geraten da leicht zum Präludium des *unabhängigen* Sloweniens, das Jahr 1991 zur geschichtslogischen Konsequenz einer in den Jahren 1918 und 1944 symbolisierten verfehlten jugoslawischen Staatsgründung. Es wäre ungerecht, wollte man der slowenischen Geschichtswissenschaft pauschal einen solchen teleologischen Blickwinkel unterstellen. Der Blick auf das „jugoslawische Slowenien“ hat sich aber auch bei ihr unübersehbar gewendet. Schon die Selektion dessen, was in den vergangenen Jahren in den Fokus des Historikers gerückt ist, spiegelt den präde-terminierenden Einfluss der Ereignisse von 1991 wider. Es sind vor allem jene Fragen der neueren slowenischen Geschichte, die sich als Ausweis von Autonomiestreben und des Kampfes um Souveränität lesen lassen, die seit den 1990er Jahren das besondere Interesse der slowenischen Geschichtswissenschaft gefunden haben.⁵ Unübersehbar geht es darum, nach legitimierenden Wurzeln der slowenischen Eigenständigkeit der 1990er Jahre zu graben und diese als gleichsam logischen Endpunkt einer seit Mitte des 19. Jahrhunderts angelegten Entwicklung zu deuten. So etwa, wenn Janko Prunk in seinem „Abriss der Geschichte Sloweniens“ formuliert, Slowenien habe in beiden jugoslawischen Staaten „durch ein Dreivierteljahrhundert hindurch seine Existenz und sein

3 Nietzsche 1996, S. 69.

4 Vgl. zu einigen Problemen des Neuschreibens einer europäischen Geschichte nach 1989 Judt 1998, S. 3–11.

5 Vgl. zur slowenischen Historiographie in diesen Fragen Lukan 2002, S. 353f.

politisches Bewusstsein hinsichtlich der *Notwendigkeit* eines eigenen Nationalstaates (gefestigt)⁶ [Kursiv WH]. Slowenische Historiker betonen heute auch ungleich stärker die Kosten des jugoslawischen Projektes. „Revisionistische“ Autoren wie beispielsweise der Ljubljauer Historiker Vasilij Melik sehen die „jugoslawische Option“ der slowenischen Geschichte letztlich als Enttäuschung, sei doch die Stellung Sloweniens im ersten wie im zweiten Jugoslawien nicht wirklich souverän gewesen.⁷ Dies mag richtig sein und hilft die in früherer Zeit dominierende Perspektive einer Zwangsläufigkeit und „quasi-natürlichen“ Zugehörigkeit Sloweniens zu einem jugoslawischen Staatsverband zu relativieren, der die Historiographie des ersten wie des zweiten Jugoslawien das Wort geredet hatte. Wenn daraus freilich eine neue „Meistererzählung“ eines Irrweges slowenischer Geschichte entsteht, der erst durch die staatliche Verselbständigung des Jahres 1991 korrigiert worden sei, dann dürfte dies, wie auch im folgenden näher illustriert werden soll, den – vielfältig genutzten – Handlungsoptionen Sloweniens innerhalb dieses jugoslawischen Staates weder vor noch nach 1945 wirklich gerecht werden. Bogo Grafenauer, der verstorbene Doyen der slowenischen Nachkriegshistoriographie, hat wohl die Gefahr einer solchen präsentistischen Deutung slowenischer Geschichte im Sinn gehabt, als er 1993 davor warnte, jetzt, nach Erreichen der staatlichen Eigenständigkeit, einen Mythos der Kontinuität von 1848 bis 1991 zu konstruieren, in dem die Zugehörigkeit zu Jugoslawien lediglich als Periode eines erzwungenen Irrtums der Geschichte ihren Platz fände.⁸

Nun ist gar nicht zu bestreiten, dass die Geschichte der Slowenen im ersten wie im zweiten Jugoslawien ganz wesentlich vom Verhältnis zwischen Teilregion und Gesamtstaat bestimmt wurde. Hierin, in der immer wieder (heraus)-geforderten Selbstverortung und Positionierung der eigenen Region und des eigenen Volkes in einem größeren Ganzen, liegt so etwas wie eine Strukturachse des slowenischen 20. (und darüber hinaus schon eines Teils des 19.) Jahrhunderts. Ein solches Verhältnis von Teilregion und Gesamtstaat aber ist stets und überall ein komplexes, multidimensionales Interaktionssystem, das sich nur selten auf einen eindeutigen Nenner wird bringen lassen. Kaum jemals dürfte eine solche Beziehung durch ein völliges Gleichgewicht paritätischer Beziehungen geprägt sein, und natürlich gibt es Beispiele einer eklatanten Asymmetrie und einer gleichsam erdrückenden Dominanz des Zentralstaates über die Regionen. Selten aber dürfte diese Beziehung wirklich monocephal ausfallen.⁹ Vielmehr wird es sich zumeist um vielschichtige Clusterstrukturen von Interdependenzen, Abhängigkeiten, aber auch behaupteter Eigenständigkeit

6 Prunk 1996, S. 11; siehe auch mit ähnlicher Tendenz ders. 1992.

7 Melik 1988, S. 525–532.

8 Grafenauer 1994, S. 47–50. Die These, „Jugoslawien“ sei für die Slowenen ein Irrweg gewesen, dem man sich zweimal in der Naivität falscher Erwartungen hingegeben habe, findet sich vor allem bei Melik 1994, S. 51–54.

9 Rokkan 2000, S. 141–151.

handeln, die je nach politisch-administrativen, ökonomischen oder kulturellen Handlungsfeldern unterschiedlich ausfallen können. Dabei, so hat es der norwegische Soziologe Stein Rokkan, auf dessen Überlegungen ich hier zurückgreife, formuliert, „gibt es keine direkte Entsprechung“ oder eine zwangsläufige Akkumulation von Abhängigkeiten¹⁰: weder muss eine rechtliche und administrative Unterordnung der Teilregion unter den Zentralstaat zwangsläufig zu politischer Diskriminierung oder ökonomischer „Ausbeutung“ führen, noch erzwingt eine ökonomische oder politische Benachteiligung eine kulturelle Marginalisierung. Es gehört zu den interpretatorischen Engführungen der jugoslawischen und post-jugoslawischen Historiographie, dass sie das Verhältnis der Einzel-Völker und Teilregionen zum jugoslawischen Gesamtstaat sowohl mit Blick auf das erste wie auf das zweite Jugoslawien immer wieder im Sinne solcher vermeintlicher Eindeutigkeiten gelesen hat. In einer Art „Nullsummenspiel“ sah sich danach beinahe jedes Volk und jede Teilregion Jugoslawiens durch den jugoslawischen Staat in seiner Entwicklung benachteiligt.

Das Verhältnis von Teilregion und Gesamtstaat kann sich in der Praxis – und damit sei das gedankliche Raster angedeutet, an dem ich mich in den folgenden Ausführungen orientieren möchte – hingegen auf unterschiedliche Weise gestalten:

- *rechtlich und institutionell gesicherte Arrangements* der Partizipations- und Souveränitätsabgrenzung sind sicherlich eine sehr weitgehende Regelungsform, um die Interessen von Teilregionen gegenüber dem Zentralstaat zur Geltung zu bringen. Solche Arrangements können föderaler, territorialautonom, aber auch konkordanzdemokratischer, d.h. auf Machtteilung beruhender Natur sein.¹¹

- Auch ohne rechtlich und institutionell gesicherte Souveränitäts- und Partizipationsrechte kann es aber durchaus Möglichkeiten einer Interessenwahrung für die Teilregion geben. *Elitenkooperation*, sei es durch Regierungsbeteiligungen oder auf dem Wege eines informellen bargaining von regionalen und zentralstaatlichen Eliten, etwa ist ein Verfahren, um in der politischen Alltagspraxis gegebenenfalls das zu realisieren, was rechtlich und institutionell nicht festgeschrieben und gesichert ist.

- Teilregionen können natürlich auch auf dem Wege einer *Konfliktstrategie*, durch die Mobilisierung von Öffentlichkeit und/oder eigener politischer und ökonomischer Ressourcen, versuchen, ihre Interessen und Souveränitätsansprüche gegenüber dem Zentralstaat zu optimieren.

- Sie können möglicherweise aber auch gar nicht an umfassenden Souveränitäts- und Partizipationsrechten interessiert sein, sondern sich mit der Beschränkung auf ihnen vorrangig erscheinende *Teil-Interessen*, etwa kulturelle Eigenständigkeit oder eine privilegierte wirtschaftliche Position, begnügen.

10 Ebenda, S. 268.

11 Vgl. zu den möglichen institutionellen Regelungsformen multiethnischer Gesellschaften im vergleichenden Überblick Schneckener 2002.

Oder aber sie *verzichten* sogar ganz auf das Geltendmachen von Ansprüchen zugunsten des Zentralstaates, sei es um der Verwirklichung eines gemeinsamen ideologischen Projektes willen („Jugoslawismus“ oder Sozialismus wären beispielsweise solche Projekte), sei es aus politischen Opportunitätserwägungen (etwa um äußeren Bedrohungen oder der Gefahr von Repressionen zu entgehen).

Alle diese Optionen und Handlungsstrategien haben, je nach makropolitischen Rahmenbedingungen teils synchron, teils im zeitlichen Nacheinander, auch im Verhältnis Sloweniens zu Jugoslawien eine Rolle gespielt. Gerade hieraus ergibt sich jenes durchaus vielschichtige Beziehungsgeflecht, das Sloweniens Platz im und sein Verhältnis zum jugoslawischen Staat vor wie nach 1945 geformt hat und das mit generalisierenden Deutungsschiffren wie die von der „Zwangsläufigkeit“ eines „jugoslawischen“ Slowenien oder vom „historischen Irrtum“ eines solchen eben nicht zu fassen ist.

II. Slowenien im ersten Jugoslawien (1918-1941)

Wenden wir uns dabei zunächst dem ersten Jugoslawien zu. Die Zielperspektive, die sich in der slowenischen Politik zum Ende des Ersten Weltkrieges hin verdichtete, war dabei unzweifelhaft die eines jugoslawischen, nicht die eines eigenständigen slowenischen Staates.¹² Aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker heraus, so hatte es der im August 1917 als höchstes Repräsentationsorgan gebildete Slowenische Volksrat formuliert, solle sich „die dreinamige Nation der Slowenen, Kroaten und Serben in einem selbständigen, großen Staat Jugoslawien vereinen“.¹³ In ihm hoffte man, slowenische Identitätswahrung und Selbstbestimmung am besten sichern zu können. Beinahe alle politischen Kräfte, Liberale und Sozialisten¹⁴ ebenso wie die katholische Volkspartei, teilten diese jugoslawistische Perspektive, auch wenn sie mit ihr divergierende, oftmals auch unklare Vorstellungen über das Aussehen dieses „großen jugoslawischen Staates“ verbanden. Nur wenige, wie der Alt-Klerikale Ivan Šušteršič, ließen sich von dieser Begeisterung für einen jugoslawischen Staat nicht anstecken und präferierten ein an Österreich und Italien angelehntes kroatisch-slowenisches Bündnis.¹⁵ Für die Verwirklichung Jugoslawiens war man sogar bereit, jene Selbständigkeit und Souveränität wieder aufzugeben, welche den Slowenen in der Auflösungsphase der Monarchie im Spätherbst 1918 bereits

12 Pleterski 1976; derselbe 1994, S. 40ff.

13 In Petranović, Zečević 1985, S. 82.

14 Zu den Liberalen umfassend Perovšek 1996.

15 Kacin-Wohinz 1989, S. 193-200.

zugewachsen war¹⁶ und die man auf allen Politikfeldern, von der Administration über die Wirtschaft bis hin zur Organisation eigener militärischer Kräfte, zu nutzen gewusst hatte.¹⁷ Die slowenische Historiographie betont heute mit besonderem Nachdruck jene kurze Übergangsphase von der Gründung des „Staates der Serben, Kroaten und Slowenen“ am 29.10.1918 durch die Habsburger Südslawen bis zur Vereinigung mit Serbien und Montenegro in einem jugoslawischen Staat am 1. Dezember 1918, in der ein bereits mit (fast) allen Insignien und Institutionen souveräner Macht ausgestatteter „slowenischer Staat“ aus eigenem Recht heraus den Entschluss zur Vereinigung mit den anderen Südslawen gefasst habe. Die (staatsrechtlich gleichwohl hybride) Existenz eines nicht mehr zur Doppelmonarchie und noch nicht zu Jugoslawien gehörenden, sich weithin selbst verwaltenden Slowenien des Spätherbst 1918 wird so gleichsam zum historischen Vorläufer der staatlichen Verselbständigung des Jahres 1991 gemacht.¹⁸ Dass Slowenien in diesen Wochen des Übergangs im Inneren im Besitz weitgehender Souveränitätsrechte war, mag richtig sein, ändert allerdings nicht an der Tatsache, dass die staatliche Selbständigkeit zu keiner Zeit als dauerhafte Alternative zur Idee gemeinsamer jugoslawischer Staatlichkeit zur Debatte stand.

Nicht zuletzt die Wahrung territorialer Integrität gegenüber italienischen Anwartschaften sowie das Ziel nationaler Einheit aller Slowenen, also auch jener Kärntens und der Steiermark, verliehen der Idee jugoslawischer Staatlichkeit aus slowenischer Perspektive bestechende Rationalität. Beides schien nur in und mit einem starken Jugoslawien möglich zu sein. Die Ungewissheiten des Kriegsendes und das vorrangige Interesse an der Vereinigung aller Slowenen verführten diese daher dazu, auch eine überhastete und zudem in mancher Hinsicht an slowenischer Einflussnahme vorbeigehende jugoslawische Staatsgründung am 1. Dezember 1918 zu akzeptieren und einem Unternehmen die Approbation zu erteilen, dessen konkrete Ausgestaltung alles andere als klar war.¹⁹ Es erstaunt, dass man im Herbst 1918 zwar in der slowenischen Öffentlichkeit viel über Sinn und Zweck des neuen Staates debattierte, sich an den Details seiner Gründung aber erstaunlich wenig interessiert zeigte, ungleich weniger jedenfalls als an der Frage der nördlichen Aussen-Grenzen des künftigen Jugoslawien.²⁰ Pragmatisches Kalkül verband sich allerdings auch mit der suggestiven Kraft der jugoslawischen Idee, die im letzten Jahrzehnt vor

16 Zu dieser de facto Souveränität zwischen August und Dezember 1918 ausführlich Balkovec 1992, insbes. S. 92ff. Perovšek 1998, insbes. S. 13–59, 77–105.

17 Zur wirtschaftlichen Tätigkeit des Slowenischen Volksrates Šorn 1983, S. 283–289. Zu den Ansätzen einer slowenischen Armee Švajncer 1990; zusammenfassend auch ders. 1995, S. 179–183. Selbst die Frage der Bildung eines eigenen slowenischen Parlaments wurde diskutiert: Perovšek 1995, S. 26f.

18 Vgl. etwa bei Perovšek 1995a, S. 123f.

19 Zu den Modalitäten der Einigung und der slowenischen Position im Einzelnen Pleterški 1976, S. 337ff, Zečević 1976.

20 Zečević 1983, S. 301–312.

dem Ersten Weltkrieg nicht nur unter der slowenischen Intelligenz an Gefolgschaft gewonnen hatte.²¹ Das Präjudiz für einen jugoslawischen Staat folgte nicht nur realpolitischen Opportunitätserwägungen, sondern war auch durch die über alle Lager hinweg anzutreffende Faszination des Projektes jugoslawischer Staatlichkeit motiviert. Der Beitritt Ljubljanas zum jugoslawischen Staatsexperiment trug so auch den Charakter eines beinahe ideologischen Plebiszits, und nur dies macht wohl auch die Bereitschaft erklärbar, eigene Souveränität für eine in rechtlicher wie politischer Hinsicht ungeklärte Perspektive zu opfern.

Wie dieses Jugoslawien aussehen sollte, darüber gingen die Meinungen nicht nur zwischen Ljubljana und Belgrad von Anbeginn an auseinander. Auch innerhalb des slowenischen Lagers gab es in dieser Frage höchst konträre Vorstellungen. Die wichtigste politische Kraft Sloweniens, die Slowenische Volkspartei, verband ihr Bekenntnis zum jugoslawischen Staat und zur „dreinamigen Nation“ aus Serben, Kroaten und Slowenen mit dem Anspruch auf Wahrung regionaler, historischer und ethnischer Partikularidentitäten, und sie wollte derartige Partikularidentitäten auch in der institutionellen und verfassungsrechtlichen Struktur des neuen Staates verankert sehen.²² Es mag richtig sein, dass die Idee einer föderalistisch-autonomistischen Staatsordnung dabei der „Mehrheit der slowenischen Politik“ entsprach.²³ Um die Liberalen herum gab es jedoch ein durchaus nicht unbedeutendes politisches Lager, das sich auch mit einem zentralistischen und unitaristischen Verständnis des jugoslawischen Staates anzufreunden bereit war.²⁴ Die Liberalen (ebenso wie einige andere politische Kräfte) sahen in einem zentralstaatlich organisierten Jugoslawien nicht nur den besten Garanten für die Wahrung slowenischer Interessen, vor allem nach außen. Zentralismus war hier zugleich auch Synonym für die Vorstellung von Modernität, die man dem klerikalen Provinzialismus der Volkspartei entgegensetzte. Jede föderale Ordnung oder auch nur eine auf Autonomie gründende Staatsordnung – darin waren sich die slowenischen Liberalen mit den unitaristisch ausgerichteten Belgrader Parteien einig – sei daher abzulehnen²⁵, nicht nur, weil sie den jugoslawischen Staat schwäche, sondern auch, weil sie „eine chinesische Mauer“ um die Slowenen herum errichte und ihnen so, politisch wie ökonomisch, Entwicklungschancen verbaue.²⁶ Auf dieser Seite war man also durchaus zum Verzicht auf partikulare regionale Eigenständigkeit bereit, um vermeintlich übergeordneter Interessen und der Staatsidee des Jugoslawismus willen. Die slowenische Politik war somit keineswegs einheitlich und schon dies relativiert die in der slowenischen Forschung bisweilen

21 Rogel 1977.

22 Zečević 2003, hier nach dem Wiederabdruck in: ders. 2003a, S. 51ff.

23 Perovšek 2005, S. 450f.

24 Ders. 2004, S. 1-16.

25 Perovšek 1991, S. 65-83.

26 *Spominski Zbornik Slovenije ob dvajsetletnici Kraljevine Jugoslavije*, 1939.

spürbare Neigung, *die* slowenische Politik der Zwischenkriegszeit als permanenten Kampf für einen föderalistisch-autonomen Status zu deuten.

Das, was ab 1919 in der Praxis als jugoslawischer Staat entstand, ließ allerdings jeden Respekt vor regionaler und nationaler Eigenständigkeit vermissen. Schon die ersten Schritte des neuen Staates boten einen Vorgeschmack auf die Art zentralstaatlicher Ordnung, die sich in den kommenden Jahren etablieren sollte und die den slowenischen Vorstellungen von „*samostojnost*“, um deren willen man den jugoslawischen Staat gewollt hatte, in beinahe jeder Hinsicht widersprach. Noch bevor der neue Staat sein institutionelles Gepräge und seine verfassungsrechtliche Fundierung erhalten hatte, gab es Konflikte mit der provisorischen Belgrader Zentralregierung. Um die Zusammensetzung, die Kompetenzen und die Auflösung der geschäftsführenden slowenischen Übergangsregierung in der Zeit des Interregnums bis zur Verabschiedung einer jugoslawischen Verfassung stritt man ebenso wie um die Zahl der slowenischen Repräsentanten im provisorischen jugoslawischen Parlament oder um die Valuta-Angleichung 1919/20.²⁷ Folgenreicher noch wurden die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Verfassungs- und Verwaltungsordnung. Dabei war es weniger entscheidend, dass jenes Maß an Souveränität, das man sich in der Zerfallphase der Monarchie erworben und das man auch in den ersten zwei Jahren nach der staatlichen Vereinigung noch in der Praxis zu wahren gewusst hatte, auf Dauer kaum mehr aufrecht zu erhalten war. Gemeinsame jugoslawische Staatlichkeit war eben nur um den Preis eines eigenen Souveränitätsverzichtes zu erreichen. Die „schöne Zeit der idyllischen Selbständigkeit“, wie die Zeit zwischen der jugoslawischen Staatsgründung am 1.12.1918 und der Verfassung von 1921 im slowenischen Jubiläumsband zum zwanzigjährigen Bestehens Jugoslawiens 1938 nostalgisch umschrieben wurde²⁸, musste daher mit der Etablierung einer jugoslawischen Zentralgewalt zwangsläufig enden.²⁹ Nur schwer abfinden konnte man sich aber damit, dass die unter dem bestimmenden Einfluss der serbischen Radikalen entworfene neue Verfassungsordnung sich *jeglicher* Form institutionalisierter Selbstständigkeit der Teilregionen Jugoslawiens verweigerte. Es dominierte unter der Mehrzahl der serbischen Parteien (aber durchaus nicht nur bei ihnen) ein Denken in französischen Zentralstaatsparametern, dem eine „Kultur des Föderalismus“ ebenso fremd war wie die Einsicht in die Notwendigkeit einer irgendwie verregelten Machtteilung der verschiedenen ethnischen Parteien. Die *Vidovdan*-Verfassung von 1921 bot kaum Spielräume für Eigenständigkeit. Sie entsprang und sie entsprach der Vorstellung ihrer Väter, der Koalition aus serbischen Radikalen und Demokraten, wonach Jugoslawien eben kein Staat war, der aus dem Zusammenschluss von Regionen mit eigenen historischen Traditionen und von Völkern mit

27 Zečević 2003a, S. 59-68; zum Problem der Währungsangleichung generell Lampe 1980, S. 139-156.

28 *Spominski Zbornik Slovenije*, 1939, S.77.

29 Perovšek 1998a, S. 55-74; Stiplovšek, Marijan 1997, S. 7ff.

eigener Identität entstanden sei, sondern der dem gemeinsamen Willen einer vermeintlich „dreinamigen Nation“ zum gemeinsamen Staat entsprungen und der daher auch nur als Einheitsstaat auf zentralistischer Grundlage denkbar war.³⁰ Vorschläge wie jener der Slowenischen Volkspartei, den Staat statt dessen auf dem Gedanken der Provinzialautonomie aufzubauen, mit einem eigenen slowenischen Parlament und weitreichenden Kompetenzen in vielen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen³¹, konnten sich daher gegen den Zentralismus der Belgrader Parteien, aber auch gegen die nicht minder unitaristisch denkenden slowenischen Liberalen, nicht durchsetzen. Anton Korošec, dessen Verfassungsvorschlag weit weniger radikal war als der den Einheitsstaat grundsätzlich in Frage stellende Konföderalismus der Kroatischen Bauernpartei, verband seine Idee einer Provinzialautonomie zwar mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zur Einheit des Staates und mit einer Absage an alle Formen des Trialismus und Föderalismus. Dies sollte Verdacht zerstreuen, man förderte zentrifugale Tendenzen und schwächte den Staat.³² Gleichwohl scheiterte er an der Intransigenz, aber auch an der machttaktischen Überlegenheit der serbischen Radikalen. „Wir wollen“, so Korošec vor der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung und in der Wortwahl die unitaristische Rhetorik der Belgrader Politik durchaus aufnehmend, „einen Staat, weil wir *ein* Volk sind und wir wollen *ein* politischen Zentrum... aber wir wollen Autonomie für Kroatien und Slowenien und Autonomie für die anderen Provinzen“ [kursiv, d. V.].³³

Sicherlich war es ein besonderes und wohl auch ein besonders weitreichendes Verständnis von Autonomie, das sich hinter dem slowenischen Begriff der „*samostojnost*“ verbarg, und der serbische Verfassungsjurist und Politiker Lazar Marković war sicherlich im Irrtum, wenn er meinte, dieses meine doch dasselbe wie eine, auch in einem unitaristischen Staat unterzubringende „*samouprava*“.³⁴ Hier prallten schon auf der begrifflichen Ebene zwei Vorstellungen aufeinander, die nur schwer zu harmonisieren waren. Es waren jedoch – anders als im kroatischen Falle – nicht Maximalforderungen, die an die künftige Gestaltung des jugoslawischen Staates gerichtet wurden, sondern lediglich der Wunsch nach einem rechtlich und institutionell verankerten Arrangement, das den Anspruch partikularer Eigenständigkeit der Teilregionen mit dem Konzept zentralstaatlicher Einheit verband.

Nachdem sich die Slowenische Volkspartei im Ton zunächst durchaus verständnisvoll gegenüber den zentralistischen Ordnungsvorstellungen der Belgra-

30 Vgl. in diesem Sinne u.a. Marković 1935, S. 212.

31 Vgl. zum Entwurf von Korošec: Prunk 1992, S. 288f, zu den Verfassungsentwürfen der übrigen jugoslawischen Parteien: Jovanović 1990, S. 421ff. sowie aus späterer Perspektive: Gligorjević 1991, S. 76-106.

32 Perovšek 1984, S. 5-27.

33 Zit. n. Marković 1935, S. 131.

34 Marković 1935, S. 132.

der Parteien gegeben hatte, nicht zuletzt um deren Unterstützung für die slowenischen Interessen im Grenzstreit um Kärnten zu sichern, verweigerte man der Vidovdan-Verfassung schließlich denn auch konsequenterweise die Zustimmung.³⁵ Wie in Kroatien erreichte so auch in Slowenien die Verfassung des neuen Staates nie einen unbestrittenen und verbindlichen Geltungsrang, auch wenn man sie hier nie derart grundsätzlich bekämpfte wie in Zagreb.

Hatte schon die St. Veits-Verfassung die Hoffnungen auf eine quasi-föderale Autonomie Sloweniens zerstört, so bedeutete die ihr folgende Verwaltungsreform vom April 1922 einen Schlag auch gegen die Erwartungen wenigstens kommunaler Selbstverwaltung, und dies in zweifacher Hinsicht: Im Geiste des Zentralstaatsgedankens gehalten, wies die so genannte „oblast-Verwaltung“ den einzelnen Bezirken nur begrenzte lokale Autonomierechte zu und behielt dem Zentralstaat gewichtige Aufsichts- und Kontrollfunktionen vor. Lokale Selbstverwaltung reduzierte sich im Grunde genommen auf zentralstaatliche Exekutivfunktionen. Ganz der Vorannahme von der Existenz einer „dreinamigen Nation“ folgend, setzte sich die Verwaltungsgliederung in der Gestaltung der Bezirke zudem bewusst über alle ethnischen und historischen Kriterien hinweg.³⁶ Für Slowenien – und dies erregte vor allem die Kritik Ljubljanas – bedeutete die Einteilung des Landes in 33, nach rein demographischen Kriterien gebildeten Bezirken dabei eine Aufteilung slowenischen Siedlungsgebietes auf nunmehr zwei administrative Einheiten – den Bezirk Ljubljana und einen Bezirk Maribor. Der Wunsch nach Einheit aller Slowenen, seit dem 19. Jahrhundert eine Prämisse slowenischer nationaler Programmatik, der unter den Schockwirkungen des Kärntner Plebiszits des Jahres 1920 ohnehin schon gelitten hatte, bekam damit einen weiteren Stoß.

Zweifelsohne war die in Verfassung und Verwaltung kreierte Ordnung hyperzentralistisch, und ebenso unbestritten ist, dass sie damit die serbische Prädominanz des Staates begünstigte. Dem jugoslawischen Staat wurden dadurch von Anbeginn an Integrationsbelastungen auferlegt, an denen er letztlich scheitern sollte. Gleichwohl ist die These Jurij Perovšeks, dass Verfassung und Verwaltung ein selbstverwaltetes Leben der Slowenen im Zwischenkriegsjugoslawien unmöglich gemacht hätten³⁷, im Blick auf die Praxis zu relativieren. Nicht nur fiel die „Parzellierung“ Sloweniens in „nur“ zwei Verwaltungseinheiten denkbar gering aus – anders als im Falle Kroatiens oder auch Serbiens. In der Praxis gelang es den beiden „oblasti“ zudem schon bald, durch eine geschickte Parallelisierung ihres Agierens die administrative Teilung des slowenischen Gebietes de facto aufzuheben. Mehr noch: im kommunalen Alltags-

35 Perovšek 1993, S. 17-26.

36 Vgl. zur administrativen Gliederung des Staates und den sie begleitenden Diskussionen: Stanković 1991, S. 33-46, der allerdings – ganz im Sinne des oben angedeuteten „Nullsummenspiels“ um den Anspruch auf Benachteiligung – Serbien aufgrund der hier zahlenmäßig gravierendsten Aufteilung auf einzelne Verwaltungseinheiten als am meisten betroffene Region versteht.

37 Perovšek 1999, S. 9ff.

handeln zeigte man sich in der Lage, den begrenzten Handlungsspielraum für eigene Verwaltung mit beeindruckender Hartnäckigkeit auszunutzen, insbesondere nachdem die Slowenische Volkspartei (SLS) 1926 in beiden *oblasti* die Mehrheit in den kommunalen Parlamenten errungen hatte. Miroslav Stiplovšek hat auf der Grundlage der kommunalen Archivalien das beachtliche Maß an *faktischer* lokaler Selbstbestimmung beschrieben, das man sich in den Jahren 1927 bis 1929 auf pragmatischem Wege ertrug, und mit dem man den anderen jugoslawischen Bezirken, paradoxerweise gerade auch den serbischen, weit voraus war.³⁸ Selbst finanzielle Mehrbelastungen der Bürger über lokale Steuern wurden dabei in Kauf genommen, um die kommunale Infrastruktur unbeeinflusst von zentralstaatlichen Vorgaben zu entwickeln. Die britische Botschaft stellte in ihrem Bericht für das Jahr 1928 denn auch fest, dass Belgrad auf die lokale Verwaltung in Slowenien „praktisch keinen Einfluss habe“.³⁹ Die geographische Distanz zum Zentrum und die sprachliche Eigenständigkeit erwiesen sich dabei sicherlich als ein vorteilhafter Umstand, der dieses eigensinnige Ausloten von Handlungsspielräumen ermöglichte. Nicht zuletzt war es das ungleich größere Maß an bürokratischer Erfahrung und Kompetenz der Slowenen, was es dem Zentrum schwer machte, die entfernte Region administrativ wirklich zu kontrollieren. Manches konnte man sich in Slowenien daher unter dem Vorwand der Effizienz aneignen, was der normativen Ordnung nach eigentlich unter der Kontrolle des Zentrums hätte stehen müssen.⁴⁰

Sicherlich hat das Ende des jugoslawischen Parlamentarismus und der Übergang zur „Königsdiktatur“ 1929 die Aussichten auf irgendeine Form institutioneller und rechtlich gesicherter slowenischer Autonomie zurückgeworfen. Das seither verfolgte Konzept eines „dynastischen Jugoslawismus“ zielte ja gerade darauf ab, die ethnischen Bindungen zugunsten eines jugoslawischen Gemeinschaftsbewusstseins zurückzudrängen und dem Staat so jene gemeinsame Identität zu implantieren, die er aus sich heraus nicht entwickelt hatte. An eine Aufweichung der zentralistischen Ordnung war dabei nicht zu denken. Die nach der Ausrufung der Diktatur am 3. Oktober 1929 eingeführte Banatverfassung setzte denn auch den Zentralismus der alten oblast-Struktur fort. Der Banus, dem die Leitung der Banate oblag, war ein unmittelbarer Repräsentant des Zentralstaates. Den Banatsversammlungen blieben hingegen nur wenige, zumeist rein beratende Kompetenzen. Auch hier aber gilt es Theorie und Praxis zu unterscheiden. Zunächst einmal führte die Banatsverfassung wieder die beiden getrennten slowenischen Verwaltungsbezirke in eine Ver-

38 Vgl. Stiplovšek, Miroslav 2000, s.a. ders. 1994, S. 77-95; zu den weniger weitreichenden, jedoch auch hier durchaus bemerkenswerten Ansätzen kommunaler Eigenständigkeit in den kroatischen *oblasti* vgl. die Dokumentation von Kolar-Dimitrijević 1993.

39 Avramovski 1986, S. 542.

40 In diesem Sinne auch Repe 2000, S. 38.

waltungseinheit, dem das gesamte slowenische Siedlungsgebiet Jugoslawiens umfassenden Drau-Banat zusammen – ein Privileg, das ansonsten nur noch dem allerdings ohnehin unter direkter serbischer Kuratel stehenden Vardar-Banat, also Mazedonien, zuteil wurde. Zum zweiten deutet manches darauf hin, dass auch jetzt die Spielräume für slowenischen Eigensinn in der Praxis größer waren, als es die administrative Ordnung und der ideologische Anspruch eines unitaristischen Jugoslawismus vermuten ließen. Insbesondere nachdem die katholische Volkspartei ihren Widerstand gegen die Königsdiktatur aufgegeben und 1935 wieder in die jugoslawische Regierung eingetreten war, nutzte sie dies zu einer Ausweitung der lokalen Selbstverwaltung. Ungeachtet ihrer nur sehr begrenzten formalen Kompetenzen gelang es den Banalräten im Drau-Banat in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, sich beträchtliche Handlungsspielräume, vor allem in Finanzfragen, zu sichern.⁴¹ Auch „unter schwierigen Bedingungen“, so konnte man denn auch 1938 im „Spominski zbornik Slovenije“ zufrieden feststellen, „hätten die Slowenen ihre Fähigkeit zur Selbstverwaltung bewiesen“.⁴²

Erst zum Ende der staatlichen Existenz Jugoslawiens, nach dem kroatisch-serbischen Ausgleich von 1939, bot sich eine Chance, die nie aufgegebenen Autonomieansprüche Sloweniens auch rechtlich und institutionell abzusichern. Der zwischen Zagreb und Belgrad geschlossene „sporazum“ des Jahres 1939, der den Kroaten eine eigene „Banovina“ mit weitreichenden inneren Autonomierechten und eigenen Repräsentativ- und Verwaltungsorganen beschert hatte, ließ auch in Slowenien ähnliche Forderungen laut werden. Sie lösten ab Herbst 1939 eine Vielzahl an vorbereitenden Aktivitäten aus, bis hin zu Überlegungen hinsichtlich einer eigenen Parlaments- und Regierungstätigkeit.⁴³ Die praktischen Schritte allerdings gediehen nicht weit. Ob sie eine Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, hätte nicht der deutsche Überfall 1941 das Problem einer föderativen Umgestaltung Jugoslawiens und damit auch die Frage von slowenischer Selbstverwaltung und Souveränität zunichte gemacht, muss unbeantwortet bleiben.

Die *faktischen* Chancen und Ressourcen einer Selbstverwaltung waren somit über weite Strecken des Zwischenkriegsjugoslawien durchaus andere und bessere als es die normative Ordnung und das institutionelle Gerüst des jugoslawischen Staates vermuten ließen. Fehlende institutionelle Arrangements jedenfalls waren durchaus nicht gleichbedeutend mit einer die slowenische Teilregion strangulierenden Allmacht des Zentrums. Gemessen an den Erwartungen einer rechtlich wie institutionell gesicherten Autonomie mochte der erste jugoslawische Staat für die Slowenen (wie für andere auch) eine Enttäuschung gewesen

41 Stiplovšek, Miroslav 2003, S. 355-370; ders. 1997, S. 40f; Prunk 1995, S. 140.

42 *Spominski Zbornik Slovenije*, 1939, S. 90-92.

43 Perovšek 2002, S. 49-58; Boban 1974, S. 231f.

sein.⁴⁴ Die Praxis aber sah ungleich facettenreicher aus, und sie wurde auch von den beteiligten Akteuren durchaus anders wahrgenommen. „Wir haben unsere Autonomie“, bestätigte ein durchaus selbstzufriedener Korošec 1937 gegenüber dem außenpolitischen Redakteur des „Slovenec“, „wir wie sie wünschten, wir haben die slowenische Verwaltung vollständig in den Händen, in der sie nicht einen Serben finden werden, hier arbeiten wir nach unserem Willen. Bislang ist uns lediglich eines nicht gelungen, dass wir das Geld zurückerhalten, das wir nach Belgrad geschickt haben“.⁴⁵

Gelang es somit auch dort, wo einem Verfassung und Verwaltung rechtliche und institutionelle Grenzen der Selbständigkeit setzten, auf dem Wege der Elitenkooperation Räume eigenen Handelns zu okkupieren, so vermochte man andere Politikfelder von einer wirklichen Durchdringung durch den Zentralstaat sogar weithin freizuhalten. Im *Bildungswesen* beispielsweise, wo die Schaffung Jugoslawiens zunächst einmal die in österreichischer Zeit unvollendet gebliebene Slowenisierung des Schulwesens ermöglicht hatte⁴⁶, ließ sich nach 1918 eine wirkliche „Jugoslawisierung“ kaum wirkungsvoll zur Geltung bringen. Das unitaristische Grundmotiv des jugoslawischen Staates galt zwar auch für die Bildung und fand im Verfassungsgrundsatz eines einheitlichen Schulsystems und einer Erziehung zur nationalen Einheit seinen Ausdruck. Besonders der für seine unitaristische Grundhaltung bekannte mehrfache Bildungsminister Svetozar Pribičević suchte die Erziehung zum Vehikel eines integralen Jugoslawismus zu machen. In Gestalt der Liberalen hatte die Idee der Einheitsschule, in der Schrift und Sprache der anderen Südslawen sowie die „jugoslawische Geschichte“ als jugoslawischer Sozialisationsfaktor gelehrt werden sollte, aber auch in Slowenien einen namhaften Fürsprecher. Konflikte mit der Zentralregierung um die Behauptung einer schulpolitischen Sonderstellung Sloweniens, nicht nur unter Pribičević, sondern ebenso auch in der kurzen Amtszeit des Führers der Kroatischen Bauernpartei Radić als jugoslawischer Bildungsminister 1925/26, begleiteten daher schon die Frühphase der Etablierung eines jugoslawischen Schulsystems. Ervin Dolenc hat dieses in seiner detaillierten Analyse der slowenischen Kulturpolitik im Zwischenkriegs-jugoslawien mit dem Begriff des „kulturni boj“ – des Kulturkampfes – umschrieben. Der Streit um den Anteil des Serbokroatisch-Unterrichts, der die slowenischen Verantwortlichen an die österreichische Schulpolitik erinnerte⁴⁷, stand dabei im Zentrum der Auseinandersetzungen. Im Ganzen jedoch blieb, zumindest bis 1929, der *faktische* Einfluss des Zentralstaates auf die slowenischen Schulen begrenzt. Die zentralistischen Unifizierungsbestrebungen brachen sich immer wieder an der politischen Alltagspraxis. Die hochgradige In-

44 so Melik 1995, S. 71.

45 Zit. n. Boban 1974a, S. 321.

46 *Spominski sbornik Slovenije* 1939, S. 691ff; *Zgodovina Slovencev* 1979, S. 551ff; Dolenc 1996, S. 23-34.

47 Dolenc 1996, S. 159ff.

Stabilität der Regierungen ließ so manches an Gleichschaltungsbemühungen ebenso scheitern wie die erheblichen technischen Probleme, die eine Homogenisierung des hochgradig fragmentierten Bildungssystems verlangten und die geringe Priorität, die Bildungsfragen im neuen Staat ohnehin genossen. Das jugoslawische Bildungsministerium war – wie die gesamte Exekutive – häufiger Fluktuation unterworfen; es erwies sich zudem als erstaunlich ineffizient und war innerhalb der Administration ohne großes Gewicht.⁴⁸ Allein 1918 bis 1929 war das Bildungsministerium im Rahmen von 24 verschiedenen Regierungen von 27 ministeriellen Revirements betroffen, die zehn verschiedene Personen in das Amt des Bildungsministers brachten. Die gesetzlichen Grundlagen eines einheitlichen jugoslawischen Bildungssystems, die die Vielzahl an Vorkriegsverordnungen zusammengefasst hätten, kamen bis zur Königsdiktatur nicht mehr zustande. Schulbücher und Curricula für alle Grundschulklassen blieben bis 1929 uneinheitlich und folgten weithin den Regularien aus „vorjugoslawischer“ Zeit.⁴⁹ Das Zwischenkriegs-Jugoslawien war eben nicht nur ein vom Zentrum mit seiner serbischen Dominanz aus durchherrschter Staat, sondern auch ein Staat, dessen vielfältigen institutionellen Defizite und Integrationsschwächen immer wieder Räume ließen, die vom Zentralstaat nicht erreicht wurden und die durchaus eigensinnig auszufüllen waren. Pragmatismus bestimmte auch hier die slowenische Politik. Man führte zwar das Serbokroatische als neues Schulfach ein und übernahm auch serbische und kroatische Literatur in die Lesebücher, sogar der (orthodoxe) Feiertag des Heiligen Sava wurde in Slowenien als landesweiter Schulfesttag übernommen. Dies freilich waren nicht mehr als symbolische Gesten an den Jugoslawismus, welche die in ihrem Kern slowenischen Curricula und Lehrinhalte nicht tangierten. Da selbst die serbischen Schulbücher über den Rahmen einer historischen Selbstbespiegelung der eigenen Nation nicht hinauskamen und Kroaten und Slowenen weithin ignorierten, bestand auch für die slowenischen Bücher wenig Anlass aus ihrer sloweno-zentristischen Perspektive herauszutreten.

Erst mit der Königsdiktatur und deren Jugoslawismus wuchs auch der Unifizierungsdruck im Bildungswesen, trat das Ziel, zu einer „jugoslawischen Erziehung“ zu gelangen, stärker in den Vordergrund. Die Gesetzeslage wurde nunmehr vereinheitlicht, die Lehrmittel zentralen Richtlinien unterworfen. „Jugoslawische“ Schulbücher sollten die bis dahin partikularen Inhalte ersetzen. Ein einheitlicher Lehrplan für die Grundschulen trat auch jetzt allerdings erst 1934 in Kraft; über ein einheitliches jugoslawisches Schulbuch konnte man sich auch weiterhin nicht verständigen, so dass das Bildungsministerium 1937 die Praxis verschiedener Schulbücher weiterhin legalisieren musste.⁵⁰ Und dort, wo die Zumutungen des Zentralismus zu stark wurden, gelang es den

48 Vgl. hierzu Dimić 1996, S.174ff, 215ff, 232ff, 247ff, 383f, 396ff; Tešić u.a. 1980, S. 85-135. hier S. 108f; Mayer 1995, 59ff., S. 120ff.

49 Jelavich 1994, S. 127ff.

50 Dimić, Tešić, Pavlović-Lazarević 2000, S. 23f.

Slowenen auch in der zweiten Hälfte der 30er Jahre, diese in der Praxis durch das bewährte Mittel der Beteiligung an den jeweiligen Regierungen in ihren Auswirkungen zu mindern.⁵¹

Einem unifizierenden Eingriff des Zentrums in die *Wissenschafts- und Kulturlandschaft* waren noch engere Grenzen gesetzt. Auch hier hatte die jugoslawische Staatsgründung der Slowenisierung von Kultur und Wissenschaften zunächst eher Auftrieb gegeben als diese behindert. In der neu gegründeten Universität von Ljubljana sowie in einem beträchtlichen Ausbau von Museen, Theatern, von kulturellen Periodika und Publizistik setzte sich der Expansionsprozess einer lebendigen slowenischen Kultur, der schon unter österreichischer Herrschaft begonnen hatte, auch im neuen jugoslawischen Staat fort und übertraf, gemessen an der Größe des Landesteils, sogar alle übrigen Regionen. Der Strategie folgend, eigene nationale Institutionen als Beitrag zur Entwicklung jugoslawischer Gesamtheit und nicht als partikulares Sonderrecht auszugeben, verkaufte man die gegen manche Skepsis außerhalb Sloweniens schon 1919 durchgesetzte Universität dabei geschickt nicht nur als Instrument, um sich vom Jahrhunderte langen deutschen und italienischen Einfluss zu befreien, sondern auch als ein drittes Wissenschaftszentrum eines neuen gemeinsamen und einheitlichen Staates, in dem sich die Slowenen mit den beiden anderen Angehörigen der „dreinamigen Nation“ treffen und austauschen würden. Klagen über eine finanzielle Schlechterstellung der Universität gegenüber jenen in Zagreb und vor allem in Belgrad wurden dabei zwar immer wieder laut; gelegentliche Versuche aus Belgrad, die medizinische und technische Fakultät der Ljubljauer Universität aus finanziellen Gründen zu schließen oder den Anteil der in Serbokroatisch gegebenen Lehre auszudehnen, wurden aber stets erfolgreich abgewehrt.⁵²

Die Zielperspektive einer völlig neuen, über den Nationen stehenden „jugoslawischen Kultur“, von der Anfang der 1920er Jahre nicht nur verstockte Unitaristen, sondern auch manche jugoslawisch gesinnte Intellektuelle geträumt hatten, erwies sich ohnehin als Illusion. Schon in der Gründungsphase des jugoslawischen Staates im November/Dezember 1918 stritten die slowenischen Intellektuellen um Kulturautonomie oder ein Aufgehen in einer jugoslawischen Kultur, um die Beibehaltung der slowenischen Sprache oder deren langsames Aufgehen im Serbokroatischen. Zwar gab es dabei auch unter den slowenischen Intellektuellen nicht wenige, die einem kulturellen Unitarismus, bis hin zur Aufgabe des Slowenischen als Kultursprache, das Wort redeten. Oton Župančič war sicherlich ihr namhaftester Exponent. In ihrer Mehrheit jedoch verstanden die slowenischen Intellektuellen Jugoslawien als eine staatliche Gemeinschaft, nicht als eine einheitliche kulturelle. Wenn auch nicht oh-

51 Vgl. den Widerstand gegen unifizierte Schulbücher von slowenischer Seite im Jahre 1936: Stiplovšek 2003, S. 366.

52 Mikuž 1969, S. 53-92; Zečević 1982, hier nach dem Wiederabdruck in ders. 2003a, S. 109f.

ne Widerstand setzte sich unter ihnen eine Position durch, die zwar die jugoslawische Staatsgründung, auch als Einheitsstaat, begrüßte, zugleich aber aus sprachlichen und historischen Erwägungen heraus kulturelle Autonomie für „den slowenischen Teil des jugoslawischen Volkes“ einforderte.⁵³ In ihrer Autonomiedeklaration aus dem Jahre 1921 unterstrichen namhafte Vertreter des intellektuellen mainstreams der slowenischen Kulturlandschaft, dass sie Gegner jeglicher kultureller Homogenisierung im Namen jugoslawischer Gemeinsamkeit waren.⁵⁴ Dies schloss die Beteiligung slowenischer Vertreter an gesamtjugoslawischen kulturellen, wissenschaftlichen und künstlerischen Vereinigungen und Institutionen nicht aus. Man betrachtete dies aber eher als Kooperation dreier separierter Kulturszenen, die nebeneinander und nicht mit dem Ziel der Integration miteinander agierten. Von den Bemühungen der Verschmelzung dieser drei Kulturen zu einer neuen „jugoslawischen“, wie sie in Zeitschriften wie „*Nova Evropa*“ oder *Književni jug* vorgedacht wurden, hielten sich die slowenischen Intellektuellen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eher fern. „Jugoslawische Kultur“ erschien den meisten von ihnen allenfalls als Pluralität (und in wechselseitiger Beeinflussung) dreier „Einzelkulturen“ denkbar, die Vorstellung einer integralen jugoslawischen Kultur erschienen ihnen abwegig.⁵⁵ Auf keinem Gebiet erwies sich das Schwert des zentralstaatlichen Unitarismus so stumpf wie auf jenem der Kultur und mehr noch als anderswo blieb der Kosmos einer eigenständigen slowenischen Kultur- und Wissenschaftslandschaft vom Zentralismus des jugoslawischen Staates relativ unbeeinflusst.

Auch die *Wirtschaft* wäre als ein Bereich zu nennen, in dem die Verwerfungen einer zentralistischen Politik in Slowenien nur wenig ausrichten konnten, zumindest vermochten sie eine im ganzen und auch im gesamteuropäischen Vergleich dynamische Entwicklung Sloweniens in der Zwischenkriegszeit nicht zu bremsen.⁵⁶ Die wirtschaftlichen Folgen der Vereinigung waren dabei sicherlich auch für die Slowenen ambivalent. Auf der einen Seite ermöglichte die Vereinigung in einem jugoslawischen Staat, ähnlich wie auf dem Bildungssektor, eine „Slowenisierung“ der wirtschaftlichen Ressourcen und schuf einen aufnahmefähigen Wirtschaftsraum.⁵⁷ Von den Folgen des Krieges wie auch von manchen politischen Eingriffen in das Wirtschaftsleben blieb

53 So in einer Deklaration von 44 slowenischen Intellektuellen vom 23.11.1918: Dolenc 1996, S. 109-113. Vgl. zu den kontroversen Diskussionen um Kulturautonomie oder Aufgehen in einer jugoslawischen Kultur im Slowenischen Nationalrat: Grafenauer 1988, 4, S. 561-569; zur Sprachenfrage: Dolenc 1996, S. 130ff; Perovšek 1998, S. 132.

54 Dolenc 1996, S. 145f.

55 Zu diesen Debatten auch Prpa-Jovanović 1989, S. 261-269; ausführlicher, allerdings vorrangig mit Blick auf die Position serbischer Intellektueller dies. 1995, S. 446, 454f. sowie Wachtel 1998, S. 84-89.

56 Vgl. als knappen Abriss der slowenischen Wirtschaftsentwicklung in der Zwischenkriegszeit Kresal 1995, S. 207-212; Krizanič 1996, S. 37-47.

57 Lazarević 2005, S. 101-110.

man in Slowenien zu dem weithin verschont. Die slowenische Industrie war vom Krieg ungleich weniger getroffen als die ohnehin bescheidene Industrie Serbiens. Die agrarsozialen Unruhen, die nach 1918 weite Teile des neuen Staates erfassten und eine Normalisierung der Agrarproduktion behinderten, blieben in Slowenien aus; die Agrarreform, die man – mit Blick auf einen möglichen Anschluss Kärntens – nachhaltig unterstützte, hatte für Slowenien kaum Auswirkungen und störte, anders als anderswo, auch die Produktion nicht. Zeitweilige Versorgungs-Engpässe nach Kriegsende gaben zwar Anlass, die Belgrader Zentralregierung in die Pflicht zu nehmen⁵⁸, erreichten aber nicht jene Ausmaße wie in Serbien oder Bosnien. Auf der anderen Seite verlor die slowenische Wirtschaft mit dem Ende der österreichischen Monarchie ihre traditionellen Märkte und hatte sich in eine Wirtschaft zu integrieren, die man weder räumlich noch personell kannte und mit der es vor 1918 kaum einen nennenswerten Austausch gegeben hatte. Unterschiedlich waren die Folgen wohl auch für einzelne Sektoren. Während nicht-agrarische Güter aufgrund mangelnder Konkurrenz in anderen Landesteilen einen jugoslawischen Markt fanden, standen die agrarischen Produkte in der Konkurrenz zu den häufig billigeren Produkten aus den südlicheren Gebieten Jugoslawiens.⁵⁹ Sicherlich machten sich dabei die Folgen der Agrarkrise seit den 1930er Jahren in Slowenien stärker noch bemerkbar als in anderen Regionen. Die Verschuldung der Bauern im Gefolge der Weltwirtschaftskrise lag in Slowenien (ebenso wie in der Vojvodina) deutlich höher als in anderen Landesteilen; dies lag jedoch nicht zuletzt auch daran, dass der Anteil der für den Markt produzierenden Bauern hier ungleich größer war als in den Subsistenzwirtschaften des Südens. Das hier gut ausgebaute Netzwerk an Genossenschaften half zudem, mit den Folgen der Krise besser fertig zu werden als unter den ganz auf staatliche Hilfe angewiesenen Kleinbauern Serbiens.

Auch die Wirtschaftspolitik war dennoch immer wieder Gegenstand von Kontroversen mit der Belgrader Zentralregierung. Die Modalitäten der Valuta-Angleichung nach 1918 trafen in Ljubljana auf nicht weniger Verbitterung wie in Zagreb, vermochte man doch die aus politischen Gründen angestrebte al pari Umwechselung von österreichischer Krone und neuem jugoslawischem Dinar nicht durchzusetzen.⁶⁰ Immer wieder wurde auch die Steuerlast Sloweniens beklagt. Vor allem im Angesicht der Weltwirtschaftskrise warf man Belgrad eine Begünstigung serbischer Wirtschaftsstandorte vor, während die ungleich produktiveren slowenischen Unternehmen unterhalb der Kapazität ar-

58 Zečević 2003a, S. 66f.

59 *Ključne značilnosti slovenske politike v letih 1929-1955. Znanstveno poročilo*, 1995, S. 16f.

60 Dass diese in wirtschaftlicher Hinsicht kaum zu rechtfertigen war, war allerdings auch slowenischen Fachleuten, die sich schon zum Ende des Krieges mit diesen Fragen befassten, durchaus klar: Zečević 1990a, S. 77-87.

beiten müssten.⁶¹ Auf die gesamte Zwischenkriegszeit gesehen blieben die Bedingungen trotz vieler Klagen von Seiten slowenischer Industrieller an die Adresse der staatlichen Wirtschaftspolitik aber in Slowenien wohl doch deutlich günstiger als anderswo. Zumindest bis zur Weltwirtschaftskrise verzeichnete seine Wirtschaft ein relativ starkes Wachstum, seine Spitzenstellung, die es in den neuen Staat eingebracht hatte, konnte es ohnehin bis zum Ende der jugoslawischen Staatlichkeit ohne Abstriche wahren. Auf dem Bankensektor blieb man führend. Die immer wieder kolportierte These vom „Zahlmeister“ Sloweniens und von der „Ausbeutung“ Sloweniens durch die ineffektiven „südlichen“ Landesteile jedenfalls scheint zu grobkörnig zu sein, um die Realität angemessen widerzuspiegeln. Die Wirtschaft jedenfalls war kein Feld, auf dem man die Zugehörigkeit zum jugoslawischen Staat ernsthaft in Frage gestellt hätte.

Die Wahrung von nicht unbeträchtlichen Handlungsspielräumen charakterisiert die Position Sloweniens im ersten Jugoslawien somit sicherlich genauso wie der unbestreitbare Mangel an institutionellen Autonomierechten. Möglich war dies nur, weil sich die slowenische Politik jenseits aller verfassungsrechtlichen Normen und institutionalisierten Mitwirkungskanäle vor allem auf das Instrument eines *Eliten-bargaining*, d. h. auf das Ausloten und auf die Suche nach pragmatischer Kooperation mit den Belgrader Entscheidungsträgern verstand. Es war dies ein Konzept, das auf einen oppositionellen Fundamentalismus und eine Konfliktstrategie im Stile eines Stjepan Radić bewusst verzichtete. Trotz des Anspruchs auf mehr Eigenständigkeit vermied die Volkspartei schon rhetorisch jeden Anschein, als wolle man damit die Grundfesten des Staates in Frage stellen. Den Anspruch auf „*samostojnost*“ verband Korošec stets mit dem ausdrücklichen Bekenntnis zur Integrität und Einheitlichkeit des Staates, ja sogar zur (letztlich fiktiven) Vorstellung einer „dreinamigen Nation“ von Serben, Kroaten und Slowenen. Den eigenen Verfassungsentwurf einer Provinzialautonomie 1921 suchte man nicht als Beeinträchtigung, sondern als Beitrag zur Festigung des Staates zu verkaufen; den Widerstand gegen die Monarchie gab man im Unterschied zu Radićs Bauernpartei schnell und ohne großes Aufsehen auf⁶² und ersparte sich damit eine Konfrontation, welche der Durchsetzung eigener Interessen nur geschadet hätte. Auch nach der gegen slowenischen Widerstand durchgesetzten zentralistischen Vidovdan-Verfassung verzichtete man, auch hier wiederum anders als die Kroatische Bauernpartei, auf einen radikaloppositionellen Kampf um eine Revision der Verfassung und begnügte sich statt dessen damit, die vorhandenen gesetzlichen und institutionellen Spielräume für eine möglichst weitgehende slowenischen Eigenständigkeit zu nutzen. Selbst in der Zeit der „Königsdiktatur“, die die Volkspartei zeitweilig in die Oppositionsrolle drängte, gab man sich staatsloyal. Schon bald

61 Vgl. zu entsprechenden Kontroversen um die Stahlindustrie zwischen Belgrad und Ljubljana 1936: Djurović 1986, S. 224.

62 Zečević 1976, S. 165ff.

kehrte man zudem in die Regierung zurück. Die Erkenntnis, dass das kleinste der drei staatstragenden Völker eigene Interessen nur in der Beteiligung an der Regierungsarbeit durchzusetzen vermochte, ließ die Oppositionsrolle nie lange währen. Drei Dinge, so Korošec 1934, nachdem man sich wieder zur Mitarbeit an der Regierung bereit erklärt hatte, hätten bei aller Kritik nie zur Disposition gestanden – die staatliche Einheit, die Monarchie und die Dynastie.⁶³ Selbst auf der Ebene der Herrschaftssymbolik demonstrierte man Loyalität zum Staat und seiner Dynastie, so etwa als man 1934 und 1940 in Ljubljana unter nicht unbeträchtlicher Beteiligung der Bevölkerung zwei große Denkmäler für die jugoslawischen Monarchen Peter und Alexander einweihete⁶⁴ – etwas, was in Kroatien undenkbar gewesen wäre.

Statt extravaganter politischer Eskapaden, wie sie Radić etwa durch seine demonstrative Annäherung an die kommunistische Bauerninternationale unternahm, ließ sich die SLS von Opportunitätserwägungen leiten. Autonomistische Rhetorik, auf die auch die SLS und ihr Führer durchaus immer wieder zurück griffen, war nicht zuletzt auch dem innerslowenischen Kampf um die Vormachtstellung zwischen Klerikalen und Liberalen und der eigenen Öffentlichkeit geschuldet, im Alltagshandeln überwog Pragmatik. Diese rhetorische und politische Mäßigung schuf Spielraum für Kooperation auch mit jenen, deren Vorstellungen von Jugoslawien man eigentlich nicht teilte. Die Belgrader Parteien, und zwar gerade auch jene, die aus ihrer Präferenz für ein zentralistisches Staatskonzept keinen Hehl machten, waren die Partner slowenischer Politik. Es gehört zu den nur scheinbaren Paradoxa der slowenischen Politik der Zwischenkriegszeit, dass man durchaus bereit war, mit jenen in Belgrad zu kooperieren, die, wie die „Radikalen“ oder auch die in den 1930er Jahren im Zeichen eines jugoslawischen Integralismus gegründete „Jugoslawische Union“ Stojadinovićs, zu den Stützen dieser zentralistischen Ordnung gehörten, dass die Katholische Volkspartei aber kaum einmal die gemeinsame Aktion mit der kroatischen Opposition um Radić suchte. Ungeachtet der kroatisch-slowenischen Kooperation und z. T. auch der kulturellen Orientierung an Kroatien im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg und obwohl man der kroatischen Forderung nach mehr Autonomie in der Sache nicht ohne Sympathie gegenüberstand, kam eine Zusammenarbeit mit der Kroatischen Bauernpartei über Ansätze, etwa in der Zeit der Verfassungsdebatten 1920 oder in der gemeinsamen „Punktations-Politik“ zu Beginn der 1930er Jahre, nicht hinaus. Die Angst, in der Allianz mit den Kroaten an den Rand geschoben zu werden, trug dazu ebenso bei wie die so unterschiedlichen Führungspersönlichkeiten Radić und Korošec⁶⁵, die nicht zuletzt durch den Antiklerikalismus Radićs nur schwer zur Gemeinsamkeit fanden. In Zagreb unterstellte man Korošec denn

63 So Korošec 1934 in einem Brief an den König und an den damaligen Ministerpräsidenten Uzunović, in: Boban 1974a, S. 120f.

64 Zur Geschichte der Denkmäler Manojlović 1997, S. 203–216.

65 Zečević 1976, S. 356ff, ders. 1976, S. 350ff.

auch des öfteren, die slowenischen Interessen auf dem Rücken des serbisch-kroatischen Gegensatzes optimieren zu wollen.⁶⁶ Was auch vom kroatischen Historiker Ljubo Boban mit despektierlichem Unterton als „Ausnutzung des serbisch-kroatischen Gegensatzes“ deklariert wird⁶⁷, war allerdings eine dem geschärften Blick des Machttaktikers entsprungene Realpolitik. „In einer gemeinsamen Regierung mit den Kroaten“, so bilanzierte Korošec Ende der 1930er Jahren die Logik seiner Politik, „hätten wir immer an Bedeutung verloren, und außerdem hätten uns die Kroaten unterdrückt. Das gefällt uns nicht“.⁶⁸

Wie kein anderer verstand sich gerade Anton Korošec auf das Instrument des taktierenden Elitenarrangements, auch über programmatische Festlegungen seiner Partei hinweg, bisweilen gar gegen die Meinung von Öffentlichkeit und Parteimitgliedschaft.⁶⁹ Nicht zufällig war kein anderer jugoslawischer Politiker so lange an den nicht eben wenigen Regierungen beteiligt wie er und nicht zufällig war er der einzige nicht-serbische Regierungschef, den das Jugoslawien zwischen den beiden Weltkriegen aufzuweisen hatte. Zeitgenossen wie spätere Historiker haben damals wie heute nicht zu einem übereinstimmenden Urteil gefunden, wie diese Politik Korošecs zu bewerten sei. Ein unkonstruktiver Geist sei er, so erschien es der britischen Botschaft, der statt die Interessen des ganzen Staates im Auge zu haben, nur auf seine eigene Partei schaue.⁷⁰ Auch slowenische Historiker zeigen sich uneinig darüber, ob Korošec als brillanter Taktiker im Dienste slowenischer Interessen oder nicht bisweilen auch als Vertreter einer opportunistischen Unterwerfung unter Belgrader Kuratel zu werten ist. Die sich wandelnden taktischen Manöver der Partei, die zwischen Regierungsbeteiligung, auch unter der Führung der zentralistisch ausgerichteten Belgrader Parteien, und Opposition, zwischen den Forderungen nach Provinzialautonomie oder Föderalisierung und Hinnahme unitaristisch-zentralistischer Belgrader Politik lavierten, mögen manchem wie blanker Opportunismus erscheinen.⁷¹ Es ist dies jedoch eine Kritik, die übersieht, dass die fehlenden Partizipationskanäle in einem Staat, der weder institutionalisierte Mechanismen föderaler oder territorialautonomer Art noch transparente Formen konkordanzdemokratischer Entscheidungsbildung kannte, die Wahrung eigener Interessen eben nur über die Beteiligung an mehr oder weniger voluntaristischen Elitenkombinationen möglich machte. Korošecs sich scheinbar über alle Prinzipien hinwegsetzende Strategie war so ein den restriktiven Strukturen des jugoslawischen Systems ebenso wie den eigenen Handlungsmöglichkeiten entsprungenes und entsprechendes rationales politisches Kalkül.

66 Banac 1984, S. 340ff.

67 Boban 1974a, S. 115.

68 Ebenda, S. 321.

69 Slana-Miros 1991; Zečević 1990, in: ders. 2003a, S. 197-222.

70 Avramovski 1986, S. 387, S. 667

71 Prunk 1996, S. 113; ders. 1992a, S. 136.

Treffender als der Vorwurf des Opportunismus ist für Beschreibung der Politik Korošecs daher wohl Edvard Kocbeks Formulierung, wonach die Slowenen immer „phantastische Realisten“ gewesen seien⁷², dies zeige nicht zuletzt die Art und Weise, wie Slowenien in der Zwischenkriegszeit mit den Zwängen des jugoslawischen Staates umging.

Auch wenn die Integration in einen jugoslawischen Staat und vor allem die Ausgestaltung dieses Staates sich an den Autonomiewünschen der Slowenen rieb: das Ziel, die bestehenden staatlichen und politischen Verhältnisse für eine Ausweitung slowenischer Eigenständigkeit auszuloten, blieb die Maxime slowenischer Politik in der Zwischenkriegszeit. Die Fähigkeit, die ungeachtet von Verfassung und Gesetz bestehenden Spielräume auf dem Wege der Kooperation mit den dominanten Belgrader Parteien auszunutzen, der Erfolg, manche Sektoren gegenüber zentralstaatlicher Dominanz abzuschotten, mögen ein Grund dafür gewesen sein, dass auch die schärfsten Kritiker am Belgrader Zentralismus, anders als in Kroatien, zu keinem Zeitpunkt die Idee staatlicher Gemeinsamkeit infrage stellten. Selbst die radikalsten Forderungen nach föderativer Umgestaltung Jugoslawiens wie beispielsweise in der „Punktation“ Korošecs im Sommer 1932, als sich die Slowenische Volkspartei mit anderen Parteien in der Opposition gegen die Königsdiktatur zusammengeschlossen hatte, verließen diesen staatlichen Rahmen nicht.⁷³ Die 1918 gewählte „Option Jugoslawien“ blieb jedenfalls unter den relevanten slowenischen politischen Akteuren bis zum gewaltsamen Ende des Staates 1941 unangetastet. „Jugoslawien gibt es, wir leben in Jugoslawien, wir wollen in diesem Staat bleiben und wir wollen in diesem Staat arbeiten, um ihn so umzugestalten, dass wir Slowenen in ihm einen Platz an der Sonne erhalten“, so umschrieb Korošec 1925 seine bis zum Kriegsausbruch 1941 gültige Position.⁷⁴

III. Slowenien im „zweiten Jugoslawien“ (1944 bis 1990)

1944, nach vier Jahren der Besatzung und der vollständigen Entrechtung, entschied sich Slowenien ein zweites Mal für einen jugoslawischen Staat. Auch diesmal war es, wenngleich kein plebiszitärer Akt der Akklamation diesen Schritt legitimierte, ein breiter, praktisch alle politischen Lager von der KP und der *Osvobodilna fronta* (OF) bis hin zum bürgerlichen Exil einender Konsens, auf den sich diese zweite pro-jugoslawische Option gründete.⁷⁵ Slowenische Historiker haben, neuerlich deutlich unter dem Eindruck der Ereignisse des

72 Zit. nach Banac 1984, S. 340.

73 Prunk 1992, S. 258-262.

74 Koroščevo predavanje o postanku Jugoslavije 1962, S. 229.

75 Pleterski 1994, S. 40f; zur Haltung der OF zur Vereinigung Sloweniens in Jugoslawien siehe auch Pleterski 1967, S. 16-26. Zu den relativ wenigen nicht-jugoslawischen Zielvorstellungen Mlakar 1982, S. 212-222.

Jahres 1991, auch diesen zweiten Schritt in einen jugoslawischen Staat, ganz ähnlich wie die staatliche Vereinigung des Jahres 1918, als einen aus eigener Souveränität heraus erfolgten Beitrittsakt beschrieben. Aus einer von den slowenischen Partisanen schon im Kriege faktisch verwirklichten slowenischen Staatlichkeit heraus sei man der jugoslawischen Föderation beigetreten.⁷⁶ Und ähnlich wie 1918 sah man den Beschluss zum neuerlichen Beitritt zu einem jugoslawischen Staat als Verwirklichung, nicht jedoch als Verwirkung des eigenen Rechtes auf Selbstbestimmung an. Diese Sichtweise kann sich zweifelsohne auf eine Vielzahl an Schlüsseldokumenten von Partei und OF stützen, in denen die Souveränität eigener Macht auch gegenüber der zentralen jugoslawischen Partisanenführung betont wird. Unter dem bestimmenden Einfluss einer stalinisierten, zentralistisch agierenden Kommunistischen Partei blieben solche Ansprüche für die Praxis allerdings weithin wirkungslos. Das neu entstehende sozialistische Jugoslawien verstand sich als ein von gemeinsamer Ideologie getragenes soziales Projekt, für das die Spitzfindigkeiten seiner staatsrechtlichen Genese sekundär waren. Auch die slowenische Kommunistische Partei und ihre Führer wie Kidrič oder Kardelj unterwarfen sich diesem Primat der Ideologie und trugen ihn mit. So, wie es 1918, neben allen pragmatischen Gesichtspunkten, der *jugoslawische* Enthusiasmus gewesen war, welcher die slowenischen Vertreter für einen Staat eingenommen hatte, dessen innere Strukturen noch ungeklärt waren, so war es 1944 der *revolutionäre* Enthusiasmus der slowenischen Kommunisten, der sich in der Frage der Verankerung eigener Rechte im jugoslawischen Staat mit dem Hinweis auf die gemeinsame Ideologie zufrieden gab und formalisierten und institutionalisierten Arrangements zur Verregelung solcher Souveränitätsansprüche letztendlich nur untergeordnete Bedeutung beimaß.⁷⁷

Wie 1918 konnte auch der neue jugoslawische Staat, auch wenn er jetzt in föderalem Gewande daher kam, seinen in Wahrheit zentralistischen Charakter dabei zunächst kaum verbergen. Zwar enthielt sich die KPJ eingedenk der Erfahrungen des alten Jugoslawien nach 1945 eines „synthetischen Nationskonzeptes“ (Hans Lemberg), wie es dem jugoslawischen Staat zwischen den Weltkriegen in Gestalt der Idee der „dreinamigen Nation“ zugrunde gelegt worden war. Die nationale Partikularität nicht nur der drei früheren Staatsvölker Serben, Kroaten und Slowenen, sondern darüber hinaus noch von Mazedonen und Montenegrinern wurde ausdrücklich anerkannt. Die Vorstellung, der Sozialismus würde schon bald jegliche nationale Frage hinfällig werden und eine „sozialistische Nation“ entstehen lassen, ließ allerdings die subkutane Zukunftserwartung einer irgendwann einmal aus dem sozialen Wandel heraus erwachsenen, gemeinsamen „jugoslawischen Nation“ erkennen.

76 Ferenc 1995, S. 213–223; ders. 1990, S. 91–100.

77 Repe 1999a, S. 231.

Dem alten Jugoslawien nicht unähnlich, machte die Utopie einer die divergenten Partikularidentitäten nivellierenden „jugoslawischen Nation“, sei sie nun ethnischer oder ideologischer Natur, die praktische Lösung des Verhältnisses von Teilregion und Zentralstaat jedoch nicht hinfällig. Von Anfang an waren daher auch unter sozialistischen Bedingungen die Beziehungen Sloweniens zum gemeinsamen jugoslawischen Staat und seinen Akteuren durch vielfältige Spannungs- und Interaktionsverhältnisse gekennzeichnet. Konfliktfelder und Problemlagen waren dabei in manchem auch nach 1945 jenen vor dem Kriege vergleichbar, und selbst in der Art und Weise, wie man aus slowenischer Perspektive versuchte, mit diesem Zentralstaat umzugehen, um eigene Interessen in ihm geltend zu machen, lassen sich Parallelen erkennen.

Hatte im alten Jugoslawien die *verfassungsrechtlich-administrative Ordnung* zunächst ganz im Zentrum der Auseinandersetzungen gestanden, so blieb diese Frage im sozialistischen Jugoslawien zumindest die ersten 1 ½ Jahrzehnte lang unberührt.⁷⁸ Sie galt mit der bestehenden Ordnung als gelöst, auch wenn der, der Stalinschen Sowjetunion entlehnte Föderalismus den Teilrepubliken kaum wirkliche Eigenständigkeit gewährte. Grundsätzliche Fragen der staatlichen Ordnung, wie sie nach 1918 in der Debatte um Zentralstaat oder Provinzialautonomie noch zwischen Belgrad und Ljubljana debattiert worden waren, standen daher nach 1945 nicht zur Disposition. Zwar insistierten die slowenischen Kommunisten in der Verfassungsdebatte des Jahres 1945/6 darauf, das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Sezession, wie es auch in der jugoslawischen Gründungsdeklaration des AVNOJ vorgesehen war, in die Nachkriegsverfassung zu übernehmen. Für die Praxis blieb dies freilich bedeutungslos. Letztlich fiel die jugoslawische Verfassung sogar hinter manche Souveränitätssymbole zurück, die die Stalinsche Verfassung, freilich auch hier ohne jede Praxisrelevanz, den Sowjet-Republiken zugestanden hatte, wie etwa das Recht auf eigene diplomatische Vertretungen.⁷⁹

Die aus revolutionärem Enthusiasmus geborene Ignoranz gegenüber der normativen und institutionellen Verregelung der Beziehungen von Region und Zentrum war auf die Dauer aber auch unter sozialistischem Vorzeichen nicht aufrechtzuerhalten. Unter den Bedingungen eines eigenen Weges zum Sozialismus seit 1948 drang die Frage der verfassungsrechtlichen und institutionellen Ausgestaltung des jugoslawischen Föderalismus zunehmend an die Oberfläche, und es waren nicht zuletzt slowenische Rufe nach einer Reform der Föderation, die den Republiken deutlich mehr Souveränität einräumte, die seit Mitte der 1960er Jahre immer lauter wurden. Zunächst hatten derartige

78 Offen bleibt dabei, inwieweit die von Repe erwähnte Frage eines slowenischen Drängens auf die Verankerung eines Selbstbestimmungsrechtes einschließlich der Loslösung in der Verfassung als eine ernsthafte Thematisierung der staatlichen Ordnung gewertet werden kann: Repe 1999a, S. 230. Bei Djilas erscheint dies denn auch nicht als eine slowenische, sondern sich aus der Anlehnung an die sowjetische Verfassung ergebende Frage: Djilas 1983, S.47.

79 Repe 1995, S. 270f.

Forderungen einen schweren Stand. Sowohl die Verfassung von 1953, der ersten unter den Bedingungen des neuen Selbstverwaltungssystems, als auch die Verfassung von 1963 gaben, entgegen slowenischen Ambitionen, dem föderalen Moment nur wenig Entfaltungsmöglichkeit.⁸⁰ Erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und dann mit Macht in den Verfassungsdebatten der 1970er Jahre konnten sie sich im Verein mit ähnlich gelagerten Interessen anderer Republiken im parteiinternen Kräftemessen zunehmend durchsetzen. Im Ergebnis erhielt Slowenien in der Verfassung von 1974 ein Maß an Autonomie verbrieft, wie es dieses seit dem kurzen Interludium zwischen auseinanderfallender Habsburger Monarchie und Gründung des ersten jugoslawischen Staates nicht mehr besessen hatte. Natürlich war dies eine Autonomie im Rahmen eines autoritären Einparteiensystems, in dem das Zentrum, zumindest solange Tito lebte, sich das Recht vorbehielt, gegebenenfalls auch mit repressiven Mitteln in die Republiken hineinzuregieren, wenn sich dort Entwicklungen abzeichneten, die den status quo gefährdeten. Die Niederschlagung des sogenannten „kroatischen Frühlings“ 1971 und die sich anschließenden Maßnahmen gegen vermeintliche Liberalisten, denen in Slowenien die reformorientierte Führung um Stane Kavčič zum Opfer fiel, sollten dies ebenso dokumentieren wie 1981 die Intervention im Kosovo. Zweifelsohne aber erweiterte die Verfassung von 1974 die Handlungsspielräume der slowenischen Politik enorm, zumindest sofern nicht ideologische Grundsatzfragen tangiert waren, und anders als im Zwischenkriegsjugoslawien waren diese Handlungsspielräume nunmehr auch durch ein kompliziertes institutionelles und normatives Gefüge gesichert.

Darüber hinaus – und hier liegt ein weiterer Unterschied zum ersten Jugoslawien – sorgte die Verfassung für eine Präsenz und Repräsentanz von Slowenen in den zentralen Macht- und Entscheidungsorganen von Staat und Partei – ich lasse das besondere Problem der Armee hier außen vor, – wie es sie zuvor nie gegeben hatte.⁸¹ Anders als im alten Jugoslawien, wo der slowenische Wunsch nach einem rechtlichen und institutionellen Arrangement eigener Autonomie bis zum Ende unrealisiert blieb und slowenische Interessenpolitik auf das Feld des informellen Elitenarrangements und der machttaktischen Beteiligung an Regierungen verlagerte, gelang im sozialistischen Jugoslawien also eine solche rechtlich-institutionelle Versäulung. Auch ohne unangebrachte Nostalgie für das spät-titoistische Jugoslawien lässt sich die These aufstellen, dass es das Jahr 1991 für Slowenien ohne die Verfassung von 1974 wohl nicht gegeben hätte, zumindest nicht in dieser Form. Es war der Souveränitätsgewinn der 1970er Jahre, der den Schritt in die Unabhängigkeit 1991 vorarbeitete.

Zumindest teilweise ähnlich waren, trotz der unterschiedlichen Systemqualität der beiden jugoslawischen Staaten, auch die Konfliktfelder, auf denen sich

80 Ebenda, S. 273f.

81 Vgl. die Ergebnisse der Untersuchungen von Cohen 1982, S. 33.

Teilregion und Zentralstaat nach 1945 begegneten. Hierzu zählen zunächst einmal wieder wie schon vor dem Kriege Fragen der kulturellen und bildungspolitischen Eigenständigkeit.

Im alten Jugoslawien hatte es, wie beschrieben, schon früh zentralstaatliche Unifizierungsbemühungen vor allem im Bildungssektor gegeben. In der Praxis hatten diese allerdings unter den Slowenen keine durchschlagenden Erfolge gezeitigt. Auch im sozialistischen Jugoslawien deutete sich schon früh an, dass alles, was gewissermaßen die Jugoslawisierungspolitik des ancien régime unter sozialistischem Vorzeichen wieder aufnehmen würde, in Slowenien bei allem ideologischen Gleichklang auf Widerstand treffen sollte. Bereits in den späten 1940er Jahren regte sich Kritik an den Bestrebungen einer Homogenisierung der Lehrpläne und Schulbücher.⁸² Seit Mitte der 1950er Jahre nahmen derartige Meinungsverschiedenheiten an Schärfe zu. Gegen das von der Bundespartei verfolgte Ziel einer „Jugoslawisierung“ vor allem des Sprach- und Geschichtsunterrichts, das in manchem an den Jugoslawismus der 1930er Jahre erinnerte, beharrte man vor allem in Slowenien auf dem Primat der nationalen Kultur, und dies nicht ohne Erfolg. Schon seit den frühen 1950er Jahren standen beispielsweise die slowenischen Curricula praktisch ganz im Zeichen der Vermittlung slowenischer kultureller Traditionen, die nur, ähnlich wie im alten Jugoslawien, durch eine eher symbolische Berücksichtigung der Kultur der anderen jugoslawischen Völker ergänzt wurde.⁸³ Spätere Versuche, die schulische Bildung zu „jugoslawisieren“, wie sie noch Anfang der 1980er Jahre durch das Bemühen um eine wenigstens teilweise Angleichung der Curricula unternommen wurden, riefen erheblichen Widerstand gerade aus Ljubljana hervor und ließen sich angesichts der mittlerweile gewachsenen Macht der Republiken nicht mehr durchsetzen.

In mancher Hinsicht – und dies zeigt, dass die Situation Sloweniens nach 1945 eben doch eine andere geworden war als noch zwischen den Kriegen – ging man dabei in seinen bildungs- und kulturpolitischen Ansprüchen jetzt sogar noch weiter als im königlichen Jugoslawien. War man in der Zwischenkriegszeit gewissermaßen rein defensiv um die Wahrung der kulturellen Eigenständigkeit gegen die homogenisierenden Bestrebungen des Zentrums bemüht gewesen, so zielte man jetzt ungleich selbstbewusster auf Gleichberechtigung auf allen Ebenen. Die Forderung nach mehr slowenischen Filmen, einem slowenischen Radio und Fernsehen, nach angemessener Beteiligung der eigenen Republik an den kulturellen und wissenschaftlichen Investitionen des Bundes wurde schon früh im innerparteilichen Elitendialog erhoben und zunehmend auch durchgesetzt.⁸⁴

Weniger Chancen noch als in der Zwischenkriegszeit, als immerhin noch ein Teil der slowenischen Intellektuellen sich von der Idee einer „jugoslawi-

82 Lilly 1994, S. 402f.

83 Wachtel 1998, S. 180f, 187f.

84 Gabrič 1999, S. 121-133; ders. 1999a, S. 171-214.

schen“ Kultur zeitweilig fasziniert gezeigt hatte, hatte eine solche nach 1945, nicht zu reden von der Vorstellung eines langsamen Aufgehens der slowenischen in die serbokroatische Sprache, die nach 1918 noch die Intellektuellen bewegt hatte. Gegenüber Vorstößen, die gemeinsame ideologische Grundposition der jugoslawischen Völker müsste sich auch auf kulturellem Gebiet in einem Primat der „Klasse“ vor der „Nation“ ausdrücken, beharrten gerade die Repräsentanten slowenischer Kultur einmütiger noch als zwischen den Kriegen auf der Wahrung nationaler Prioritäten. Nicht zufällig war es der Streit zwischen einem slowenischen und einem serbischen Intellektuellen, zwischen Dušan Pirjevec und dem serbischen Literaten Dobrica Ćosić, der 1961/62 erstmals derartige Konflikte über einen Primat der „jugoslawischen“ oder der nationalen Kultur öffentlich machte.⁸⁵ Es ist aus heutiger Sicht zu vermuten, dass der verbale Schlagabtausch der beiden Intellektuellen nur ein Stellvertreterkrieg war, hinter dem sich die jeweiligen Republikführungen für die sehr viel weiterreichenden und immer offener zutage tretenden Konflikte in der Nationalitätenpolitik munitionierten, die zur gleichen Zeit auch auf die Ebene der Gestaltung der föderalen Ordnung übergriffen. Die Idee einer „jugoslawischen Kultur“ jedenfalls wurde in dieser Debatte ad acta gelegt, und sie sollte sich auch bis zum Ende des „zweiten Jugoslawien“ nicht mehr beleben lassen.

Auch Felder, die im alten Jugoslawien eher Nebenschauplätze der Konflikte zwischen Region und Teilstaat gewesen waren, wurden nach 1945, ungeachtet der unter der Ägide kommunistischer Parteiherrschaft hergestellten politischen und ideologischen Einheit, zu umkämpften Bereichen. Auf dem Gebiet der *Wirtschaft* beispielsweise, im alten Jugoslawien immer wieder Anlass slowenischer Gravamina, aber kaum einmal ein wirklich heißer Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Belgrad und Ljubljana, prallten im sozialistischen Jugoslawien slowenische und zentralstaatliche Interessen schon früh aufeinander. Bereits in den ersten Nachkriegsjahren kam es aus dem Wirtschaftsministerium in Ljubljana zur Kritik an den Wirtschaftsplänen und der Politik des Bundes, deren gesamtstaatliche Industrialisierungsabsichten man als „Demontage“ der slowenischen Industrie und als Entwicklungshemmnis der eigenen Wirtschaft betrachtete. Erste Verteilungsauseinandersetzungen zeichneten sich schon in dieser Zeit ab. Slowenische Politiker wehrten sich gegen die vom Zentrum angeordneten Kohlelieferungen nach Süden oder Industrialisierungshilfen für andere Republiken, kritisierten die Erhöhungen der Arbeitsnormen für die slowenischen Beschäftigten, ineffiziente und inkongruente Vorschriften und Regelungen und vieles mehr. Die zentralstaatliche Plankommission sprach gar von „sabotierendem Widerstand gegen alles, was aus Belgrad komme“.⁸⁶ Diese Kritik blieb allerdings noch ohne durchschlagenden Erfolg, nicht nur, weil ihr zum damaligen Zeitpunkt innerhalb der slowenischen Partei noch der Rückhalt fehlte, sondern auch, weil die Zentrale nicht

85 Zu dieser Debatte u.a. Milojković-Djurić 1996, S. 63–73.

86 Prinčič 1995, S. 345ff. Ausführlich auch ders. 1992.

die geringsten Zweifel am zentralistischen Wirtschaftssystem zuließ. Nicht zuletzt ein Slowene, der in der Bundespartei-führung für Wirtschaft zuständige Boris Kidrič, machte seinen Landsleuten klar, „sich ein für alle Mal aus dem Kopf zu schlagen, dass der gemeinsame Staat irgendeinen benachteilige...“.⁸⁷ Auch die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen waren jedoch nicht mehr von der Tagesordnung zu verdrängen. Die Konflikte häuften sich und ließen sich vor der Öffentlichkeit kaum mehr verbergen. Im Sommer 1962 stimmten slowenische Vertreter in der Belgrader Skupština erstmals gegen Teile des Wirtschaftsplans, und slowenische Vertreter wie Boris Kraiger übten hinter den Türen des Politbüros offene Kritik an der Wirtschaftspolitik des Bundes.⁸⁸ In den Wirtschaftsreformdiskussionen zwischen 1961 und 1965, auf die hier nicht im einzelnen einzugehen ist, gelang es den Slowenen dabei erstmals, einen Meinungsumschwung zugunsten der von ihnen vertretenen Reformpositionen gegen den Widerstand konservativer Kräfte aus Serbien, Bosnien oder Montenegro durchzusetzen.⁸⁹ Die wirtschaftspolitischen Interessensdivergenzen eskalierten schließlich wenige Jahre später in der berühmten „*cestna afera*“, jenem Streit um die Verwendung eines Weltbank-Kredites für drei Straßenbauprojekte 1969, bei der sich die slowenische Partei-führung vom Bund übervorteilt sah. Erstmals stellte sich damals eine Republikführung öffentlich gegen die Bundesregierung und drohte – für kommunistische Staaten und auch für das kommunistische Jugoslawien ein einmaliger Vorgang – mit dem Rückzug aus der Bundesregierung.

Selbst die Armee, die in den Diskussionen mit Belgrad im alten Jugoslawien kaum einmal eine Rolle gespielt hatte, geriet zusehends in den Fokus der Auseinandersetzungen. Mangelnde Repräsentanz in den Führungsorganen, die Frage der Stationierung slowenischer Rekruten sowie vor allem die Frage der Kommandosprache wurden seit den späten 1960er Jahren von Ljubljana aus thematisiert, wenngleich kaum ein anderer Bereich so sensibel war wie eben dieser.⁹⁰

Und noch ein weiterer Unterschied zwischen erstem und zweitem Jugoslawien ist zu machen: War das Bemühen um die Wahrung slowenischer Autonomie-freiräume im ersten Jugoslawien eher eine Defensivstrategie gewesen, die sich gegen ein mit einem dominanten Ressourcenüberschuss ausgestattetes Zentrum um die Wahrung bzw. graduelle Ausdehnung von Selbstregulierung bemüht hatte, die aber nicht in der Lage gewesen war, die rechtlichen und institutionellen Strukturen des jugoslawischen Staates nachhaltig zu verändern, so war die slowenische Position nach 1945 ungleich offensiver. Nur im ersten

87 Ders. 1996, S. 150–152.

88 Repe 1992, S. 288ff.

89 Prinčič 1999, S. 105ff; ders. 1999a, S. 217ff.

90 Bjelajac 1998, S. 228–241; ders. 2003, S. 208–221, der die These einer Benachteiligung nicht-serbischer Offiziere in den Armeen beider Jugoslawien relativiert, anders die Zahlen und die Deutung bei Bebler 1991, S. 1ff.

Jahrzehnt nach Kriegsende ging es um die Verteidigung gegen Machtüberschüsse des Zentrums. Danach zielte man zunehmend und zunehmend erfolgreich auf die Veränderung des strukturellen Gefüges der jugoslawischen Föderation.

Dass Slowenien diese weitreichende Autonomie im späten Jugoslawien erlangen konnte, war aber wiederum auch ein Ergebnis jener politischen Strategie, die sich schon im alten Jugoslawien als probates Mittel der Interessenwahrung erwiesen hatte, nämlich der Politik des *Eliten-bargaining* in den Entscheidungsinstitutionen von Staat und Partei. Im alten Jugoslawien hatten fehlende institutionelle Arrangements dazu gezwungen, politische Interessen praktisch ausschließlich auf machttaktischem Wege zu realisieren. Im sozialistischen Jugoslawien verwiesen schon die Zwänge des Einparteiensystems auf das Mittel des Elitendialogs innerhalb der Einheitspartei. In den 1940er/50er Jahren, als die Partei noch stark vom Gedanken des demokratischen Zentralismus bestimmt war, war der Spielraum hierfür beschränkt. Auch führende slowenische Politiker im Zentrum der Macht wie Kardelj und Kidrič mochten zwar gelegentlich vor der Gefahr des Zentralismus warnen und die Achtung vor nationalen Spezifika anmahnen; am Prinzip zentralistischer Staatsordnung rüttelten auch sie zunächst nicht. Seit Ende der 1950er, spätestens Anfang der 1960er Jahre aber begannen slowenische Parteivertreter deutlich offensiver innerhalb der Gremien von Staat und Partei slowenische Positionen einzuklagen. Einem Plenum des Exekutivkomitees des BdkJ vom März 1962, dessen Protokolle erst vor wenigen Jahren veröffentlicht wurden, kommt dabei ein Zäsurcharakter zu. Auf ihm machte sich der slowenische Vertreter Boris Krajger zum Anwalt eines Primats slowenischer Wirtschaftsinteressen und stellte sich in ungewöhnlich deutlichen Worten gegen den von Tito vor allem an die Adresse der Slowenen gerichteten Vorwurf des „Lokalismus“ und „Republikanismus“. „Wenn uns einzelne Genossen aus der Bundesverwaltung ... eine Lektion in Politökonomie erteilen wollen“ so Krajger, „so werden unsere Leute das nur schwer verstehen“.⁹¹

Hatte man sich im Zwischenkriegsjugoslawien in seinem Bemühen auf dem Wege der Elitenkooperation vor allem auf die Vertreter des Zentrums gestützt – auf die serbischen Parteien vor allem, nach 1929 auf die vom König favorisierten Regierungen – und die Koalition mit jenen, denen man in der Kritik des status quo eigentlich näher stand, nämlich den Kroaten, gemieden, so suchte man in den 1960er und frühen 1970er Jahren hingegen den Schulterchluss mit den Republikparteien, denen der bestehende Zentralismus ebenfalls ein Dorn im Auge war. Es war vor allem das Zusammenwirken der slowenischen und der kroatischen Partei, aber auch mit pro-föderalistischen und liberalen Kräften in Serbien, welche den Weg hin zu den Verfassungsreformen

91 Zečević 1998, S. 239.

der 1970er Jahre ebnete.⁹² Wie die Verweigerung zum Bundeshaushalt 1962 und mehr noch die Affäre um die Straßenbaukredite zeigen, scheute man dabei seit Mitte der 1960er Jahre auch nicht mehr den offenen und sogar den öffentlichen Konflikt. Anders als in Kroatien, und dies erinnert wieder an den eher leisen Ton der slowenischen Politik in der Zwischenkriegszeit, verzichtete man dabei jedoch auf eine öffentliche Mobilisierung, wie dies in Zagreb in der Zeit des so genannten „kroatischen Frühlings“ 1970/71 versucht wurde und hier scheiterte. Auch jetzt war es eher Realpolitik denn Konfliktstrategie, über die man eigene Interessen zur Geltung brachte.

Das Eliten-bargaining der slowenischen Führung, und auch hier war die Situation nach 1945 wiederum der vor dem Kriege nicht unähnlich, war aber wohl nur deswegen von einigem Erfolg gekrönt, weil es gelang, auch innerhalb des Zentrums der Macht, im engsten Umkreis von Tito, für die Forderung nach mehr Souveränität der Republiken Unterstützung zu finden. In diesem Zusammenhang bedarf die Rolle Edvard Kardeljs noch einer historiographischen Klärung. Sie wird gegenwärtig oft noch eher durch ideologische Distanz, denn auf der Grundlage von distanzierter Quellenanalyse beurteilt. Kardelj, für viele Slowenen heute – nicht zu Unrecht – das ungeliebte Symbol eines verfehlten ökonomischen und politischen Systems⁹³, für viele Serben spiritus rector einer angeblich von Slowenien ausgehenden Zerstörung Jugoslawiens war wohl beides: er war einerseits der Exekutor der Politik des Zentrums, auch gegen slowenische Interessen. In der Affäre um die Straßenbaukredite stellte er sich auf die Seite Titos gegen die Slowenen und trug so zur Verurteilung der damaligen slowenischen Führung als „nationalistisch“ bei.⁹⁴ Im liberalen Klima der in den späten 1960er Jahren aufkeimenden Diskussionen um mehr slowenische Souveränität oder eine Reform der Armeeorganisation zugunsten der Republiken erteilte er ungeachtet seiner eigenen föderativen Vorstellungen einem noch weiter dezentralisierten Jugoslawien eine Absage⁹⁵, im Konflikt um den damaligen slowenischen Parteiführer Stane Kavčič, einen jener liberalen Modernisierer, wie ihn die späten 1960er Jahre nicht nur in Slowenien, sondern auch in Serbien an die Parteispitze gebracht hatten⁹⁶, erwies er sich als *hardliner* und trug ganz wesentlich zu dessen Absetzung bei.⁹⁷ Aber er war es andererseits zweifelsohne auch, der seit Mitte der 1960er Jahre die Wende in der nationalen Frage und die Abkehr vom bis dahin geltenden Konzept eines unitarischen Jugoslawismus einleitete. Die Wiederveröffentli-

92 Hierzu ausführlicher Ramet 1992, S. 95-97; Haberl 1985, S. 103ff; Bilandžić 1978, S. 360ff; Bogetić 1999, S. 53f.

93 Vgl. etwa France Bučar, der ihn und die von ihm erdachte Verfassung von 1974 als antidemokratischen „Staatstreich“ etikettiert: *Slovenska kronika* 1997, S. 401.

94 *Slovenska kronika XX. stoletju 1941-1995*. 1997, S. 314ff.

95 Vodopivec 1992, S. 234f.

96 Repe 1992a.

97 Kavčič 1988, S. 22ff; Perović 1991, S. 103.

chung seiner schon 1939 erschienenen Schrift über die slowenische nationale Frage im Jahre 1957 bedeutete so etwas wie das verborgene Signal, die als „gelöst“ betrachtete nationale Frage neu zu diskutieren. Er war es, der früher und entschiedener als andere, früher auch als Tito selbst, das Konzept einer „jugoslawischen Nation“ aufgab. Anfang der 1960er Jahre war er es, der – damals noch gegen den Widerstand Titos – auf das Prinzip der Souveränität der Republiken als Voraussetzung der Existenz eines jugoslawischen Staates verwies. „Wir können nicht weiterkommen, wenn wir nicht einig sind“, so Kardelj 1962 im Ton an die Korošecsche Rhetorik der Zwischenkriegszeit erinnernd, „und wir kommen nicht weiter, wenn wir nicht bis zur letzten Konsequenz [*do kraja*] die nationale Politik und Selbständigkeit der Republiken respektieren“.⁹⁸ In der Auseinandersetzung mit seinem serbischen Widersacher Ranković Mitte der 1960er Jahre sorgte er dafür, einer Reform der Föderation innerhalb der Bundesparteführung und nicht zuletzt bei Tito selbst Akzeptanz zu verschaffen, an deren Ende den Slowenen (und anderen) eine bis dahin ungekannte Autonomie zuwuchs.⁹⁹ War dies alles auch zum Nutzen slowenischer Autonomiewünsche, so greift die Etikettierung Kardeljs als „slowenischer Nationalist“, der „die Lösungen für jugoslawische Probleme nach Maßgabe der slowenischen Situation“ gesucht habe, wie ihn sein langjähriger Weggefährte aus der Parteiführung, der später in Ungnade gefallene Serbe Koča Popović, beschrieben hat, gleichwohl zu kurz.¹⁰⁰ Seine Vorstellungen über den jugoslawischen Staat und seine innere Ordnung entsprangen, worauf unlängst der Belgrader Politikwissenschaftler Dejan Jović in einer durch differenzierte Argumentation geprägten Analyse des Kardeljschen Denkens verwiesen hat, vor allem ideologischen Impulsen¹⁰¹, nicht so sehr seiner slowenischen Herkunft. Ob man ihn in seinem Wirken für slowenische Interessen mit jener Rolle vergleichen kann, die Korošec in der Zwischenkriegszeit gespielt hatte¹⁰², mag ebenfalls bezweifelt werden, zu unterschiedlich waren letztlich die Bedingungen politischer Entscheidungsbildung in den beiden jugoslawischen Staaten, zu sehr auch war Kardelj ungeachtet seiner Vision eines dezentralisierten sozialistischen Jugoslawien im Unterschied zum Pragmatiker Korošec immer auch Repräsentant eines ideologischen jugoslawischen Projektes. So unbestreitbar die fast durchgängige slowenische Präsenz im Zentrum der Macht auch war, zunächst in den ersten Nachkriegsjahren durch Boris Kidrič, später dann vor allem durch Kardelj, so wenig wird man sie freilich als Garanten eines slowenischen Lobbyismus missverstehen dürfen. Zwar ist es richtig, dass nach der Aus-

98 Zečević 1998, S. 196.

99 Die fundamentalen Unterschiede in der Staats- und Sozialismuskonzeption Kardeljs im Vergleich zu Tito arbeitet jetzt scharf heraus: Jović 2003; knapp seine Argumente zusammenfassend auch ders. 2003a, S. 157–181.

100 Nenadović 1989, S. 170.

101 Jović 2003, vor allem S. 102–154.

102 Gow, Carmichael 2000, S. 51.

schaltung des Serben Ranković kein anderes jugoslawisches Volk so kontinuierlich auf einen Vertreter in der unmittelbaren Nähe der Machtinstanz Tito zurückgreifen konnte. Die Vermutung, dass diese personelle Präsenz dafür gesorgt habe, dass slowenische Interessen nicht marginalisiert wurden und dass „der slowenische Einfluss auf die jugoslawische Spitze in der gesamten Epoche Jugoslawiens fast durchgängig intakt blieb“¹⁰³, übersieht allerdings zweierlei: zum einen schützte auch diese Präsenz nicht immer vor gegen die Slowenen gerichteten Ausschlägen des Zentrums, zum zweiten konnte slowenische Elitenpräsenz im Zentrum der Macht, wie in der Spätphase der Tito-Ära die Rolle des slowenischen *hardliners* und Tito-Intimus Stane Dolanc zeigt, auch in eine andere, eher dogmatisch rezentralisierende Richtung weisen. Letztlich war die Politik Titos zu machiavellistisch, er selbst zu sehr ein „supreme pragmatist“ im Dienste der Machtsicherung¹⁰⁴ als dass er sich vom Lobbyismus irgendeines „ethnic entrepreneurs“ in seiner Nähe dauerhaft hätte beeinflussen lassen. Ihm mag das Kardeljsche Konzept, den Staat für die Zeit nach seinem Ableben durch einen radikalen Föderalismus stabilisieren zu wollen, nicht wirklich einsichtig und schon gar nicht sympathisch gewesen sein, und er dürfte es, wofür einiges spricht, eher mangels wirklicher Alternativen mitgetragen haben, der Verführung slowenischen Werbens aber ist er dabei wohl nicht erlegen.

IV. Fazit

Der Weg Sloweniens durch zwei Jugoslawien war somit durch Ähnlichkeiten, aber auch durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet: Im alten Jugoslawien misslang der Versuch einer rechtlichen und institutionellen Versäulung von Souveränitätsansprüchen. Zum Teil war man, wie im Falle der Slowenischen Volkspartei, zeitweilig bereit, dieses Fehlen hinzunehmen, um globalere Gefährdungen wie das italienische Herrschaftsinteresse abzuwehren und die angestrebte Einheit aller Slowenen zu sichern, zum Teil, wie etwa bei den Liberalen, genoss das Projekt eines einheitlichen jugoslawischen Zentralstaates generell den Vorrang vor anderen Optionen. Letztlich aber blieb das bis 1939 verfolgte Ziel, slowenische Eigenständigkeit auch institutionell und verfassungsrechtlich im Staate abzusichern, unrealisiert. Selbständigkeit konnte so nur durch die geschickte Ausnutzung von Handlungsspielräumen erstritten und gewahrt werden. Nicht zuletzt weil die penetrierende Kraft des Zentrums nicht ausreichte, um alle Teilspektoren des Lebens wirklich zu durchdringen, blieben bei allem unbezweifelbaren serbischen Zentralismus selbst unter den Bedingungen fehlender rechtlicher Autonomie Handlungsspielräume, die eigensinnig auszufüllen waren.

103 Jović 2003, S. 120.

104 So die Charakterisierung von Gow 1997, S. 54.

Elitenkooperation war das entscheidende Instrument, um das Fehlen solcher institutioneller und rechtlicher Arrangements zu kompensieren. Geradezu meisterhaft wurde dieses Instrument durch die bestimmende politische Figur der Zwischenkriegszeit, Anton Korošec, eingesetzt. Die Wahrung bestimmter Teilinteressen (vor allem die Wahrung kultureller, sprachlicher Eigenständigkeit sowie bestimmter eigener administrativer Handlungsspielräume) standen dabei im Vordergrund, oftmals auch zu Lasten grundsätzlicherer Forderungen nach Föderalisierung und politischen Prinzipien, wie die Kooperation mit den zentralistisch ausgerichteten Radikalen in den 1920er Jahren, die zeitweilige Appeasement-Strategie Korošecs gegenüber der „Königsdiktatur“ oder die Hinnahme eines integralistischen „Jugoslawismus“ in der Stojadinović-Ära zeigen. Ungeachtet einer immer wieder genutzten aufflammenden Autonomie-Rhetorik folgte man eher einem pragmatischen Kurs, der die Prinzipien des Staates nicht infragestellte. Kaum wirklich einmal genutzt, vor allem im Vergleich zum Kurs der Kroaten und ihres Führers Radić, wurde hingegen das Mittel des Fundamental-Konfliktes. Allenfalls kurzfristig und eher mit dem Ziel, die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung zu verbessern, gewann es die Oberhand, etwa in der „Punktuation“ des Jahres 1932.

Im zweiten Jugoslawien hingegen gelang, wenn auch nach vielen Widerständen und erst im Laufe von 2½ Jahrzehnten, eine verfassungsrechtlich und institutionell abgesicherte Autonomisierung, freilich im Rahmen eines autoritären Systems. Penetrationsansprüchen des Zentrums waren jetzt normative Grenzen gesetzt, wenngleich die autoritäre Qualität des Systems die Gefahr einer Intervention des Zentrums nie ausschloss, zumindest nicht in der Ära Tito.

Hatte man sich nach Kriegsende dabei zunächst noch defensiv gegen Penetrationsversuche des Zentrums wehren müssen, wie etwa auf dem Bildungsbereich, so wurden den zentralstaatlichen Infiltrationsversuchen mit der Zeit auf den meisten Gebieten auch normative Riegel vorgeschoben. Auch die Reichweite beanspruchter Eigenständigkeit ging nunmehr sehr viel weiter. Es waren nicht mehr partikuläre Interessen und Politikfelder, mit deren eigensinniger Ausfüllung man sich begnügte, sondern das Ziel war die souveräne Gestaltung eigener Rechte auf nahezu allen Gebieten, freilich im Rahmen, den die sozialistische Ordnung ließ.

Auch jetzt aber war *Elitenkooperation* ein ganz wesentliches Mittel der Durchsetzung eigener Interessen. Zwar war man dabei auch konfliktbereit, wie etwa die Auseinandersetzung um die Straßenbaukredite 1969 zeigte. Auf eine mobilisierende Konfliktstrategie, wie es in Kroatien 1970/71 der Fall war, verzichtete man aber auch jetzt. War man allerdings im ersten Jugoslawien ganz auf dieses Instrument angewiesen, so verbesserten die seit den 1960er Jahren ausgebauten föderalen Eigenständigkeiten die Handlungsmöglichkeiten beträchtlich, nicht zuletzt durch die proportionale Beteiligung der Republiken an allen relevanten Gremien in Staat und Partei, die dem Staat, wieder im Rahmen der Eigengesetzlichkeit des sozialistischen Systems, jetzt konkur-

danz, „demokratische“ Züge verlieh. Es waren jetzt nicht mehr nur die Unwegsamkeiten des informellen Elitenbargainings, die über Erfolg und Misserfolg von Eigenständigkeit entschieden, sondern Autonomie war – im Rahmen der Systemgrenzen und des jederzeitigen Interventionsrechts des Zentrums – weithin geschützt.

In beiden jugoslawischen Staaten waren die Möglichkeiten zur Eigenständigkeit nicht ohne Grenzen und Gefährdungen. Im ersten Jugoslawien lagen sie im Fehlen institutioneller Sicherheiten, im zweiten Jugoslawien in den Grenzen, die das System als sozialistisches Einparteiensystem zog. Trotz dieser Grenzen, welche beide jugoslawischen Staaten für die Slowenen bereithielten, reichten die Möglichkeiten, die sie ihnen boten, aber offenbar aus, um das Votum für Jugoslawien über sieben Jahrzehnte nie grundsätzlich in Frage zu stellen. Erst als Mitte der 1980er Jahre das erreichte Maß an institutionalisierten Autonomie-Arrangements ernsthaft in Gefahr zu geraten drohte und die Politik eines Slobodan Milošević auch die Chancen auf eine Kooperation der Eliten zunichte machte, kündigte man dieses Votum auf. Obwohl sie, wie Peter Vodopivec es formuliert hat, „never in modern history had considered very vocally and decisively full independence as a national state“¹⁰⁵, waren es die Slowenen, die nun als erste die jugoslawische Option zugunsten eigener Staatlichkeit aufgaben.

Literaturverzeichnis

- Avramovski, Živko (Hrsg.), 1986: *Britanci o Jugoslaviji*, tom I, Beograd.
- Balkovec, Bojan, 1992: *Prva slovenska vlada 1918-1921*. Ljubljana.
- Banac, Ivo, 1984: *The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics*. Ithaca, London.
- Bebler, Anton, 1991: „The Military and the Yugoslav Crisis“, in: *Südosteuropa* (1991) 1-2, 1ff.
- Bilandžić, Dušan, 1978: *Historija SFRJ. Glavni procesi*. Zagreb.
- Bjelajac, Mile, 1998: „Military Elites – Continuity and Discontinuities: The Case of Yugoslavia, 1918-1980“, in: Höpken, W. / Sundhaussen, H. (Hrsg.): *Eliten in Südosteuropa*. München, 228-241.
- Bjelajac, Mile, 2003: „The Military and Yugoslav Unity“, in: Djokić, Dejan (Hrsg.): *Yugoslavism. Histories of a Failed Idea 1918-1992*. London 2003, 208-221.
- Boban, Ljubo, 1974: *Maček i politika Hrvatske Seljačke stranke 1928-1941*. Bd. 2, Zagreb.
- Boban, Ljubo 1974a: *Maček i politika Hrvatske Seljačke stranke 1928-1941*. Bd. 1, Zagreb.
- Bogetić, Dragan, 1999: „Nacionalno pitanje i Jugoslavija 1945-1989“, in: *Istorija XX.veka* 17(1999) 1-2, 53f.

105 Vodopivec 1992, S. 223.

- Cohen, Lenard, 1982: „Balkan Consociationalism: Ethnic Representation and Ethnic Distance in the Yugoslav Elite“, in: Vucinich, Wayne S. (Hrsg.): *At the Brink of War and Peace: The Tito-Stalin Split in a Historic perspective*. Boulder. New York.
- Dimić, Ljubodrag, 1996: *Kulturna politika Kraljevine Jugoslavije 1918-1941*, tom I, Beograd.
- Dimić, Ljubodrag / Tešić, Vladeta I. / Pavlović-Lazarević, Gordana, 2000: *Ministarstvo prosvete i ministri Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca i Kraljevine Jugoslavije 1918-1941*. Beograd.
- Djilas, Milovan, 1983: *Jahre der Macht. Memoiren 1945-1966*. München.
- Djurović, Smiljana, 1986: *Državna intervencija u industriji Jugoslavije 1918-1941*. Beograd.
- Dolenc, Ervin, 1996: *Kulturni boj. Slovenska kulturna politika v Kraljevni SHS 1918-1929*. Ljubljana.
- Ferenc, Tone, 1990: „Vprašanje samoodločbe in suverenosti slovenskega naroda po drugem zasedanju AVNOJ-a“, in: *Zgodovinski časopis* 44(1990) 1, 91-100.
- Ferenc, Tone, 1995: „Oblikovanje slovenske (federalne) države 1941-1944“, in: Grafenauer, Bogo (Hrsg.): *Slovinci in država: zbornik prispevkov z znanstvenega posveta na SAZU (od 9. do 11. novembra 1994)*. Ljubljana, 213-223.
- Gabrič, Aleš, 1999: „Prvi odmevnejši spor med Beogradom in Ljubljano v federativni Jugoslaviji“, in: Repe, Božo / Nećak, Dušan / Prinčič, Jože (Hrsg.): *Slovinci in Makedonci v Jugoslaviji*. Ljubljana. Skopje, 121-133.
- Gabrič, Aleš, 1999a: „Divergenza tra Belgrado e Lubiana nella federazione jugoslava“, in: *Quaestoria* 27(1999) 1, 171-214.
- Gligorijević, Branislav, 1991: „Političke stranke i državno uređenje Jugoslavije 1918-1929“, in: *Vojnoistorijski glasnik* 42(1991) 3, 76-106.
- Gow, James, 1997: „The People's Prince – Tito and Tito's Yugoslavia: Legitimation Legend and Linchpin“, in: Bokovoy, Melissa K. / Irvine, Jill A. / Lilly, Carol S. (Hrsg.): *State-Society-Relations in Yugoslavia 1945-1992*. New York.
- Gow, James / Carmichael, Cathie, 2000: *Slovenia and the Slovencs. A Small State in the new Europe*. London.
- Grafenauer, Bogo, 1988: „Vprašanje kulturne avtonomije 1918“, in: *Zgodovinski časopis* XLII (1988) 4, 561-569.
- Grafenauer, Bogo, 1994: „Jugoslavija – zgodovinska nuja ali zgodovinska zmota“, in: *Časopis za zgodovino in narodopisje* (1994) 1, 47-50.
- Haberl, Othmar N., 1985: *Parteiorganisation und nationale Frage in Jugoslawien*. Berlin.
- Jelavich, Charles, 1994: „Education, Textbooks and South Slav Nationalism in the Interwar Era“, in: Reiter, Norbert / Sundhaussen, Holm (Hrsg.): *Allgemeinbildung als Modernisierungsfaktor*. Berlin.
- Jovanović, Slobodan, 1990: „Kraljevina SHS“, in: ders.: *Sabrana dela* tom 2 (= Političke i pravne rasprave I-III), Beograd.
- Jović, Dejan, 2003: *Jugoslavija – država koja je odumrla. Uspon, kriza i pad četvrtje Jugoslavije*. Beograd.
- Jović, Dejan, 2003a: „Yugoslavism and Yugoslav Communism: From Tito to Kardelj“, in: Djokić, Dejan (Hrsg.): *Yugoslavism. Histories of a Failed Idea 1918-1992*. London, 157-181.

- Judt, Tony, 1998: „Nachkriegsgeschichte neu denken“, in: *Transit* 15/Herbst 1998 (Vom Neuschreiben der Geschichte).
- Kacin-Wohinz, Milica, 1989: „Tajni predlog Šušteršiča o Hrvatskoj-slovenskoj republici marta 1919 godine“, in: *Stvaranje jugoslovenske države 1918 godine*. Beograd, 193-200.
- Kavčič, Stane, 1988: *Dnevnik in spomini*. Ljubljana.
- Ključne značilnosti slovenske politike v letih 1929-1955. Znanstveno poročilo*. Ljubljana 1995.
- Kolar-Dimitrijević, Mira (Hrsg.), 1993: *Radićev Sabor 1927-1928*. Zagreb.
- [Korošec, Anton], 1962: „Koroščevo predavanje o postanku Jugoslavije“, in: *Zgodovinski časopis*.
- Kresal, France, 1995: „Oblikovanje slovenskega gospodarstva v okviru Jugoslavije 1918-1941“, in: Grafenauer, Bogo (Hrsg.): *Slovenci in država: zbornik prispevkov z znanstvenega posveta na SAZU (od 9. do 11. novembra 1994)*. Ljubljana, 207-212.
- Križanič, France, 1996: „Gospodarska uspešnost slovenskih vlad“, in: Borak, N. / Lazarević, Ž. (Hrsg.): *Prevrati in slovensko gospodarstvo v XX. stoletju 1918-1945-1991*, Ljubljana, 37-47.
- Lampe, John, 1980: „Unifying the Yugoslav Economy, 1918-1921.: Misery and Early Misunderstandings“, in: Djordjević, D. (Hrsg.): *The Creation of Yugoslavia*. Santa Barbara 1980, 139-156.
- Lazarević, Žarko, 2005: „Slovenski nacionalni interes v gospodarstvu do druge svetovne vojne“, in: *Zgodovinski časopis* 59(2005) 1-2, 101-110.
- Lilly, Carol, 1994: „Problems of Persuasion: Communist Agitation and Propaganda in Post-war Yugoslavia 1944-1948“, in: *Slavic Review* 53(1994) 2, 402f.
- Lukan, Walter, 2002: „Zur Historiographie Sloweniens nach dem Zerfall Jugoslawiens“, in: Ivanišević, Alojz / Kappeler, Andreas / Suppan, Arnold (Hrsg.): *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus*. Wien.
- Manojlović, Olga, 1997: „Vladarski spomenici v Ljubljani 1908-1940 godine“, in: *Godišnjak za društvenu istoriju* IV(1997) 2-3, 203-216.
- Marković, Lazar, 1935: *Jugoslovenska država i hrvatsko pitanje, (1914-1929)*. Zagreb.
- Mayer, Martin, 1995: *Elementarbildung in Jugoslawien (1918-1941)*, München.
- Melik, Vasilij, 1988: „Leto 1918 v slovenski zgodovini“, in: *Zgodovinski časopis* 42(1988), 525-532.
- Melik, Vasilij, 1994: „Jugoslavija – zmota ili nuja?“, in: *Časopis za zgodovino in narodopisje* (1994) 1, 51-54.
- Melik, Vasilij, 1995: „Slovenski državnopravni programi 1848-1918“, in: Grafenauer, Bogo (Hrsg.): *Slovenci in država: zbornik prispevkov z znanstvenega posveta na SAZU (od 9. do 11. novembra 1994)*. Ljubljana.
- Mikuž, Metod, 1969: „Gradivo za zgodovino univerze v letih 1919-1945“, in: *Petdeset let slovenske univerze v Ljubljani 1919-1969*. Ljubljana, 53-92.
- Milojković-Djurić, Jelena, 1996: „Approaches to National Identities: Čosić and Pirjevec's Debate on Ideological and Literary Issues“, in: *East European Quarterly* 30(1996)1, 63-73.
- Mlakar, Boris, 1982: „O političnih programih slovenske kontrarrevolucije 1941-1945“, in: *Prispevki za zgodovino delavskega gibanja* 22(1982), 212-222.

- Nenadović, Aleksandar, 1989: *Razgovori s Kočom*, 2. Aufl., Zagreb.
- Nietzsche, Friedrich, 1996: *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*. München.
- Perović, Latinka, 1991: *Zatvaranje kruga – ishod rascepa 1971/1972*. Sarajevo.
- Perovšek, Jurij, 1984: „Oblikovanje programskih načrtov o nacionalni samoodločbi v slovenski politiki do ustanovitve Neodvisne delavske stranke Jugoslavije“, in: *Zgodovinski časopis* 38(1984) 1-2, 5-27.
- Perovšek, Jurij, 1991: „Nacionalnopolitični koncepti slovenskih unitarističnih sil leta 1923“, in: *Zgodovinski časopis* 45(1991) 1, 65-83.
- Perovšek, Jurij, 1993: „Unitaristični in centralistični značaj vidovdanske ustave“, in: *Prispevki za novejšo zgodovino* 33(1993) 1-2, 17-26.
- Perovšek, Jurij, 1995: „Vprašanje slovenskega parlamenta leta 1918“, in: *Prispevki za novejšo zgodovino* 35(1995), 26f.
- Perovšek, Jurij, 1995a: „Slovenska državna volja v prvem desetletju jugoslovanske krize“, in: Grafenauer, Bogo (Hrsg.): *Sloenci in država: zbornik prispevkov z znanstvenega posveta na SAZU (od 9. do 11. novembra 1994)*. Ljubljana, 123f.
- Perovšek, Jurij, 1996: *Liberalizem in vprašanje Slovenstva. Nacionalna politika liberalnega tabora 1918-1929*. Ljubljana.
- Perovšek, Jurij, 1998: *Slovenska osamosvojitve. Študija o slovenski državnosti v Državi Slovencev, Hrvatov in Srbov*. Ljubljana.
- Perovšek, Jurij, 1998a: „Slovinci in Jugoslavije v letih 1918-1941“, in: *Časopis za zgodovino in narodopisje* 34(1998)1, 55-74.
- Perovšek, Jurij, 1999: „Pogledi slovenske politike na jugoslovansko državo v letih 1918-1941“, in: Repe, Božo / Nečak, Dušan / Prinčič, Jože (Hrsg.): *Sloenci in Makedonci v Jugoslaviji*, Ljubljana. Skopje, 9ff.
- Perovšek, Jurij, 2002: „Jugoslovanska nacionalna stranka in vprašanje slovenske banovine 1939-1941“, in: *Prispevki za novejšo zgodovino XLII* (2002)3, 49-58.
- Perovšek, Jurij, 2004: „Jugoslovanska nacionalna stranka in narodno vprašanje v letih 1935-1936“, in: *Prispevki za novejšo zgodovino XLIV* (2004)1-2, 1-16.
- Perovšek, Jurij, 2005: „Slovinci in jugoslovanska skupnost 1918-1941“, in: *Zgodovinski časopis* 59(2005)3-4, 450f.
- Petranović, Branko / Zečević, Momčilo (Hrsg.), 1985: *Jugoslavija 1918-1974. Zbirka dokumenata*. Beograd.
- Pleterski, Janko, 1967: „Osvobodilna fronta slovenskog naroda i program ujedinjene Slovenaca“, in: *Putevi revolucije* 5(1967) 9, 16-26.
- Pleterski, Janko, 1976: *Prvo opredeljenje Slovenaca za Jugoslaviju*. Beograd.
- Pleterski, Janko, 1994: „Jugoslavija v slovenski zgodovini“, in: *Časopis za zgodovino in narodopisje* (1994)1, 40ff.
- Prinčič, Jože, 1992: *Slovensko gosudarstvo v jugoslovanskem primežu (1945-1956)*. Novo Mesto.
- Prinčič, Jože, 1995: „Mesto Slovenije v procesu industrializacije Federativne Jugoslavije (1945-1956)“, in: Grafenauer, Bogo (Hrsg.): *Sloenci in država: zbornik prispevkov z znanstvenega posveta na SAZU (od 9. do 11. novembra 1994)*. Ljubljana, 345ff.
- Prinčič, Jože, 1996: „Leto 1945 – Obnova in začetek gospodarske preobrazbe“, in: *Slovenija v letu 1945. Zbornik referatov*. Ljubljana 1996, 150-152.

- Prinčič, Jože, 1999: „Slovensko gospodarstvo v drugi Jugoslaviji (1945-1991)“, in: Repe, Božo / Nečak, Dušan / Prinčič, Jože (Hrsg.): *Slovinci in Makedonci v Jugoslaviji*, Ljubljana. Skopje, 105ff.
- Prinčič, Jože, 1999a: „Gospodarska reforma iz Julija 1965“, in: Čepič, Zdenko / Nečak, Dušan, u.a. (Hrsg.): *Mikužev sbornik*. Ljubljana.
- Prpa-Jovanović, Branka, 1989: „O nekim pitanjima jugoslovenske kulturne integracije“, in: Istorijski Institut Beograd (Hrsg.): *Zbrnik radova 7: Srbija 1918 godine i stvaranje Jugoslavije*. Beograd, 261-269.
- Prpa-Jovanović, Branka, 1995: *Jugoslavija kao moderna evropska država u vidjenjima srpskih intelektualca 1919-1928*, (Doktorska disertacija.) Maschinenschrift. Beograd.
- Prunk, Janko, 1992: *Slovenski narodni vzpon. Narodna politika 1768-1992*. Ljubljana.
- Prunk, Janko, 1995: „Slovenske predstave o avtonomiji (oziroma državnosti) in prizadevanja zanjo v Kraljevini Jugoslaviji“, in: Grafenauer, Bogo (Hrsg.): *Slovinci in država: zbornik prispevkov z znanstvenega posveta na SAZU (od 9. do 11. novembra 1994)*. Ljubljana.
- Prunk, Janko, 1996: *Slovenien. Ein Abriss seiner Geschichte*. Ljubljana.
- Ramet, Sabrina P., 1992: *Nationalism and Federalism in Yugoslavia 1962-1991*, 2. Aufl., Bloomington.
- Repe, Božo, 1992: *Slovenski nacionalni programi od druge svetovne vojne do začetka osedesetih let*. Ljubljana.
- Repe, Božo, 1992a: *Liberalizem v Sloveniji*. Ljubljana.
- Repe, Božo, 1995: „Slovinci in federativna Jugoslavija“, in: Grafenauer, Bogo (Hrsg.): *Slovinci in država: zbornik prispevkov z znanstvenega posveta na SAZU (od 9. do 11. novembra 1994)*. Ljubljana, 270f.
- Repe, Božo, 1999: „Ustavna osamosvojitve Slovenije“, in: Repe, Božo / Nečak, Dušan / Prinčič, Jože (Hrsg.): *Slovinci in Makedonci v Jugoslaviji*. Ljubljana. Skopje.
- Repe, Božo, 1999a: „Slovinci in federacija v času od Titove smrti do plebiscita o neodvisnosti Slovenije“, in: Čepič Zdenko / Nečak Dušan, u.a. (Hrsg.): *Mikužev sbornik*. Ljubljana, 231.
- Repe, Božo, 2000: „Pravne, politične podlage, okoliščine in pomen prvih demokratičnih volitev“, in: *Razvoj slovenskega parlamentarizma*. Ljubljana, 38.
- Rogel, Carol, 1977: *The Slovenes and Yugoslavism, 1890-1914*, Boulder, Col. 1977 [East European Monographs 24].
- Rokkan, Stein, 2000: *Staat, Nation und Demokratie in Europa*, (rekonstruiert und eingeleitet von Flora, Peter). Frankfurt/M.
- Rupel, Dimitrij, 1992: *Slovenska pot do samostojnosti in priznanja*. Ljubljana.
- Schneckener, Ulrich, 2002: *Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa*. Frankfurt/M.
- Slana-Miros, Miroslav, 1991: *Oživetje Dr. Antuna Korošca. Oče Domovine na Tehnitski*. Maribor.
- Slovenska kronika XX. stoletju 1941-1995*. Ljubljana 1997.
- Spominski Zbornik Slovenije ob dvajsetletnici Kraljevine Jugoslavije*. Ljubljana 1939.
- Stanković, Djordje, 1991: „Administrativna podela Kraljevine SHS“, in: *Istorijski glasnik* (1991)1-2, 33-46.

- Stiplovšek, Marijan, 1997: „Die verfassungsrechtliche Lage und die Autonomiebestrebungen Sloweniens im jugoslawischen Staat 1918-1941“, in: *Österreichische Osthefte* 39(1997)1, 7ff.
- Stiplovšek, Miroslav, 1994: „Prizadevanja za avtonomijo Slovenije od ustanovitve jugoslovanske države do kraljeve diktature (1918-1929)“, in: *Časopis za zgodovino in narodopisje* 65(30) (1994) 1, 77-95.
- Stiplovšek, Miroslav, 1997: „Die verfassungsrechtliche Lage und die Autonomiebestrebungen Sloweniens im jugoslawischen Staat 1918-1941“, in: *Österreichische Osthefte* 39(1997)1, 40f.
- Stiplovšek, Miroslav, 2000: *Slovenski parlamentarizem 1927-1929*. Ljubljana.
- Stiplovšek, Miroslav, 2003: „Prelomnica v avtonomističnih prizadevanjih banskega sveta Dravske Banovine sredi tridesetih let“, in: Luthar, Oto / Perovšek, Jurij (Hrsg.): *Zbornik Janka Pleterskega*. Ljubljana, 355-370.
- Šorn, Jože, 1983: „Narodni svet u Ljubljani i njegov gospodarski odsek“, in: *Stvaranje Jugoslovenske države 1918*. Beograd.
- Švajncer, Janez, 1990: *Slovenska vojska 1918-1919*. Ljubljana.
- Švajncer, Janez, 1995: „Organizacija slovenske vojske 1918-1919“, in: Grafenauer, Bogo (Hrsg.): *Sloenci in država: zbornik prispevkov z znanstvenega posveta na SAZU (od 9. do 11. novembra 1994)*. Ljubljana, 179-183.
- Tešić, Vladeta u.a., 1980: *Sto godina Prosvetnog saveta Srbije 1880-1980*. Beograd.
- Vodopivec, Peter, 1992: „Slovenes and Yugoslavia 1918-1991“, in: *East European Politics and Societies* 6(1992) 3, 223.
- Wachtel, Andrew, 1998: *Making a Nation. Breaking a Nation. Literature and Cultural Politics in Yugoslavia*. Stanford.
- Zečević, Miodrag (Hrsg.) 1998: *Početak kraja SFRJ. Stenogram i drugi prateći dokumenti proširene sednice Izvršnog komiteta CK SKJ održane od 14. do 16. Marta 1962 godine*. Beograd.
- Zečević, Momčilo, 1976: *Slovenska Ljudska stranka i jugoslovensko ujedinjenje*. Beograd.
- Zečević, Momčilo, 1982: „Prosvetna politika u Sloveniji 1918-1929 I razvoj nacionalne misli“, in: ders.: *Prošlost i vreme*. Beograd 2003.
- Zečević, Momčilo, 1983: „Slovinci i stvaranje Jugoslavenske države“, in: *Stvaranje Jugoslavije*, 301- 312.
- Zečević, Momčilo, 1990: „Neki pogledi u Srbiji na političku delatnost Dr. Antona Korošca 1918-1940“(1990), in: ders.: *Prošlost i vreme*, Beograd 2003, 197-222.
- Zečević, Momčilo, 1990a: „Srbija i valutno pitanje 1918-1921“, in: Istorijski Institut Beograd (Hrsg.): *Zbornik radova 8: Srbija na kraju Prvog Svetskog Rata*. Beograd, 77-87.
- Zečević, Momčilo, 2003: „Slovenska Ljudska Stranka prema najvažnijim pitanjima unutrašnjeg uredjenja Kraljevstva Srba, Hrvata i Slovenaca do marta 1919 god“, in: ders.: *Prošlost i vreme. Iz istorije Jugoslavije*. Beograd 2003, 51ff.
- Zečević, Momčilo, 2003a: *Prošlost i vreme*. Beograd.
- Zgodovina Slovencev*. Ljubljana 1979.